

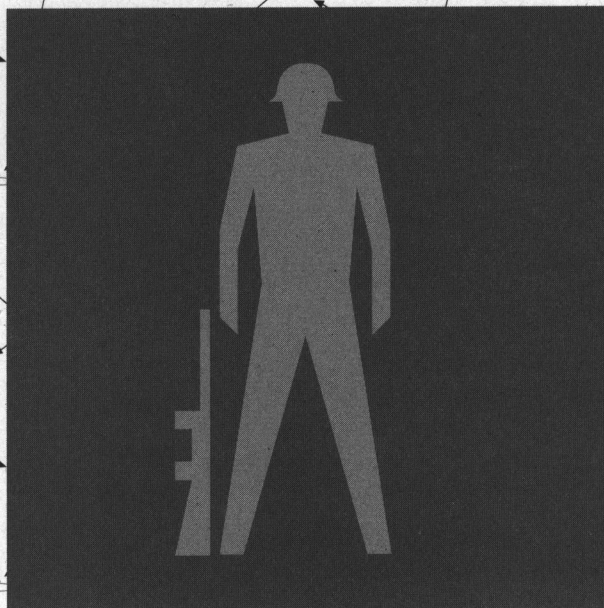
1/96

zoom

ös 35,-

Zeitschrift für Politik und Kultur

Vormals ZAM und EKG



... sind wir inzwischen zur Erkenntnis gelangt, daß mit Waffen Frieden gemacht wird, und nicht - wie bisher - Krieg. die nOt ©

Liebe Leserin, lieber Leser!

Wir freuen uns, die erste Ausgabe von **ZOOM** – Zeitschrift für Politik und Kultur präsentieren zu können. **ZOOM** ist aus einer Fusion des **EKG** – EuropaKardioGramm und der **ZAM** – Zeitschrift für Antimilitarismus entstanden, die beide mit Ende letzten Jahres ihr Erscheinen einstellen mußten. **EKG** und **ZAM** scheiterten an inneren Schwierigkeiten und, vor allem, an mit allen demagogischen, politischen und ökonomischen Mitteln betriebenen Angriffen ihrer politischen GegnerInnen.

Über einen Erfolg können wir an dieser Stelle berichten. Die **ZOOM**-Vorgängerin **ZAM** (5/95) konnte letztes Jahr einen Amtsmißbrauch der Exekutive exklusiv aufdecken. Wir wiesen nach, daß im Rahmen einer Hausdurchsuchung im besetzten Ernst-Kirchweiger-Haus beschlagnahmte Unterlagen direkt der FPÖ zugespielt worden waren. Die darauf folgenden behördeninternen Untersuchungen führten nur zu einer anonymen Anzeige des Amtsmißbrauches durch die Sicherheitsdirektion bei der Staatsanwaltschaft. Doch behördenintern hat dieser Fall, zusammen mit weiteren Fällen von Amtsmißbrauch, mittlerweile dazu geführt, daß zwei Dutzend Beamte aus allen Bereichen des Sicherheitsapparates, die Zugang zu sensiblen Informationen hatten, versetzt worden sind. Wir sind sicher, daß auch „unser“ Mann darunter ist.

Trotz allen Geredes vom „Verrat an Österreich“ blieb bislang ein weiterer Stapo-Skandal weitgehend unbeachtet. Gemeint sind die Erhebungen der Wiener Schlapphüte gegen den „Revolutionsbräuhof“ wegen – erstmalig in der Zweiten Republik – Bildung einer „staatsfeindlichen Verbindung“.

Der eigentliche Skandal in dieser Causa liegt darin, daß die Vorwürfe sich auf zwei Aufkleber stützen, die letztes Jahr im Zuge der von der „Krone“ nach wie vor geschürten Ebergassing-Hysterie in dieser veröffentlicht wurden. Denn diese Aufkleber sind gefälscht. Wer aber hat sie produziert, wer in der „Krone“ lanciert? Und wer hat Interesse daran? Der Vorgang und das Agieren der „Krone“ zeigt verblüffende Ähnlichkeit mit der von Geheimdiensten immer wieder verfolgten Strategie der Destabilisierung. (Diese wird übrigens in einer der nächsten beiden Ausgaben **ZOOM**'s thematisiert, der ersten von mehreren geplanten Sondernummern, die sich – im praktischen Broschürenformat – in aller Ausführlichkeit jeweils einem spezifischen Thema widmen werden.)

Bei bislang 20 Hausdurchsuchungen wurden unter anderem „anarchistische Druckwerke“ beschlagnahmt, durch welche „die in der Bundesverfassung festgelegte Staatsform Österreich verächtlich gemacht wird“. Besonders pikant: Unter den konfiszierten Anarchistika, deren bloßer Besitz die Herren Staatsschützer offensichtlich bereits als strafbar einstufen, findet sich auch ein Buch, an welchem der neue Stapochef Peter Heindl höchstpersönlich mitgeschrieben hat: das Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus.

Die Beschaffenheit des Staates, ließe sich in diesem Zusammenhang aus Ilse Aichingers Rede anlässlich der Entgegennahme des „Großen Österreichischen Staatspreises“ Ende März zitieren, gleicht einem „festen Boden, aber einem Boden ohne Gewähr“. „Ich fürchte“, so Aichinger, „das Wort ‚Staat‘, und nicht nur das Wort.“ Und obwohl die Schriftstellerin freimütig eingestand, ebenfalls anarchistische Literatur in ihrer Bibliothek stehen zu haben – Henry Thoreaus Essay „Über die Pflicht des Ungehorsams gegen den Staat“ – schritten die staatlichen Gewährsleute diesmal nicht ein. Noch nicht.

Die **ZOOM** Redaktion

WÄHRUNGSUNION

EURO – beinhart

4

EU-Europa: beinhardter Monetarismus oder neue sozioökonomische Vernunft?

REGIERUNGSKONFERENZ

Ost-West-Dimension splittiert Skandinavien 7

Bruno Kaufmann über die Situation in Skandinavien

ÜBERFALL

Bei uns ist Ihr Geld sicher!

9

Eine noch nicht alltägliche Geschichte

RÜSTUNG

USA verstärkt Hegemonie am Waffenmarkt 10

USA setzen auf „neue, gute“ Waffen

RÜSTUNG – EU

WEU und Europäische Rüstungsproduktion 12

Verliert Europa den „zweiten Rüstungswettlauf“?

Kurzmeldungen I

15

EINKAUFEN

Dem Heer ist nichts zu teuer

16

Fasslabends Angriff auf's Budget

SURFIN'IFOR

Good morning, Bosni@

18

Das Internet als Medium des Krieges

NIGERIA

Pour Oil on Troubled Waters

20

Julia Hösek las Ken Saro-Wiwas letzte Aufzeichnungen

POST-KUNST

mail art

23

Kunststücke per Post

PORTRÄT

So wie es ist, ist es nicht

24

Gesprächsporträt: Liesl Ujvary, Künstlerin in Wien

Musik

26

Bücher

27

Kurzmeldungen II

28

PUBLIZISTIKFÖRDERUNG

Regierung außer Rand und Band

30

Zensur der Gewalt oder Gewalt der Zensur?

Impressum

31

EURO – beinhart

Die Diskussion über die geplante Einführung der 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) stellt EU-Europa auf die Probe: beinharder Monetarismus oder eine neue sozioökonomische Vernunft?

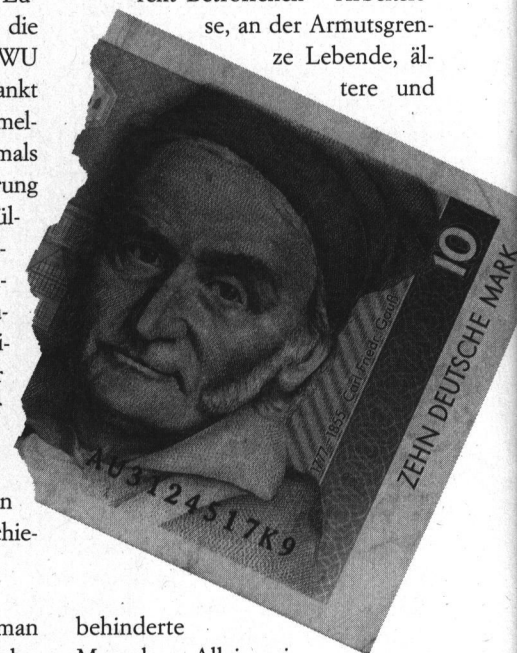
VON MONIKA VANA

Kommt sie oder kommt sie nicht, die WWU? Das ist wohl jene Gretchenfrage, deren Antwort die Gestaltung Europas zu Beginn des dritten Jahrtausends prägen wird. Geht es nach den EU-Staats- und Regierungschefs bzw. der Mehrheit ihrer Finanzminister, soll die WWU – wie es der Vertrag über die Europäische Union (Maastricht-Vertrag) vorsieht – am 1. Jänner 1999 endgültig in Kraft treten (siehe Kasten EU-Fahrplan). Dafür sollen innerhalb der nächsten zwei Jahre die Nettodefizite der nationalen Haushalte aller EU-Länder auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) hinuntergedrückt und die Staatsverschuldung (Bundessektor, Länder, Gemeinden) auf 60 % des BIP abgesenkt werden bzw. sich in die Nähe dieses Wertes bewegen.

Über die Gültigkeit des letzteren sogenannten „fiskalischen Konvergenzkriteriums“ für den Eintritt in die WWU, das derzeit nur von vier EU-Ländern erfüllt wird (Luxemburg, Deutschland, Frankreich und Großbritannien), ist bereits ein heftiger Streit entbrannt. Um keine WWU-Beitrittswerber mit der Tatsache vor den Kopf zu stoßen, daß sie bis 1998 – dem Jahr der Überprüfung der nationalen Haushalte durch die Europäische Kommission und das Europäische Währungsinstitut – die Aufnahmebedingungen in die WWU unmöglich erfüllen können, schwankt die Kommission in ihren Pressemeldungen zum Thema WWU mehrmals wöchentlich zwischen der Forderung nach einer „ganz ganz harten Erfüllung der Kriterien“ und dem gänzlichen Außerachtlassen des Schuldenkriteriums. Offiziell überschlagen sich die Dementis aller Beteiligten, was die Verschiebung der Währungsunion betrifft. Hinter den Kulissen wird allerdings – nicht nur in der Europäischen Kommission – längst eifrig an Szenarien für eine solche Verschiebung gearbeitet.

Denn ganz so einfach, wie man bei der Konzeption des Maastricht-Vertrages scheinbar geglaubt hat, geht die Einführung des EURO nun nicht voran, und das gleich aus mehreren Gründen. Kopfzerbrechen bereitet den WWU-BefürworterInnen nicht nur, daß derzeit nur ein einziges EU-Land alle Aufnahmebedingungen für die WWU erfüllt (siehe Kasten Konvergenzkriterien). Sollte die WWU 1999 wirklich mit einem ganz kleinen Kreis an Teilnehmerländern in Kraft treten, hätte die Bildung eines Kerneuropas wohl eine kaum zu überschätzende politische Sprengkraft. Die Erweiterung der EU um die süd-, mittel- und osteuropäischen beitragswilligen Länder wäre um Jahre – wenn nicht ein Jahrzehnt – verschoben. Doch auch von

anderen – für EU-PolitikerInnen bisher ungewohnten Seiten – tun sich ungeahnte Hürden auf: Zahlreiche renommierte ÖkonomInnen warnen seit geraumer Zeit vor einem Abwürgen des letzten Rests an Konjunktur innerhalb Europas infolge der zur Erfüllung der fiskalischen Konvergenzkriterien in allen EU-Ländern gleichzeitig durchgeführten massiven Sparprogramme. Auch die von diesen Sparprogrammen direkt Betroffenen – Arbeitslose, an der Armutsgrenze Lebende, ältere und



behinderte Menschen, AlleinerzieherInnen, Frauen, Auszubildende, Familien – steigen schön langsam auf die Barrikaden – jedenfalls in Frankreich. Der Massenstreik im Dezember galt nichts anderem als dem zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien von Premier Juppé angekündigten Sozialabbau vor allem im Sozialversicherungsbereich. „Frankreich bestreikt den EURO“ titelte damals der „Kurier“. Und nicht nur in Frankreich, auch in anderen Ländern häufen sich die Proteste wie zum Beispiel in Belgien, Schweden, Finnland, den Niederlanden, Griechenland und Deutschland. Umfragen zufolge sind 61 % der Deutschen gegen eine Währungsunion.

Sparen für die WWU?

Auch Österreich ist von den Plänen für eine Währungsunion massiv betroffen. Zur Erfüllung der Fiskalkriterien wären bis Ende 1997 über 300 Milliarden Schilling an Defiziteinsparung und Schuldenabbau (!) notwendig. Die neue/alte Bundesregierung einigte sich für den Bundessektor auf ein vorläufiges Sparpaket im Ausmaß von 100 Milliarden – und ignorierte dabei das von zwei EU-Finanzministerräten bekräftigte Schuldenkriterium von 60 % des BIP (Art. 104c VEU) völlig. Ja, die Budgets '96 und '97 bewegen sich mit diesem Sparpaket nicht einmal in Richtung dieses Ziels! Die Kriterien für die Währungsunion können damit von Österreich unmöglich erfüllt werden. Offensichtlich spekulieren Vranitzky, Klima, Schüssel und Nationalbankpräsident Liebscher mit einer „Währungsunion light“.

Aber selbst im Fall einer Aufweichung des Schuldenkriteriums bliebe das Defizitkriterium erhalten und würde als solches bereits zu sozialen Verwerfungen führen, wie nicht zuletzt das österreichische Sparpaket (das ja ausschließlich auf das Defizitkriterium ausgerichtet ist) zeigt. „Die Währungsunion kostet mindestens zwei Millionen Arbeitsplätze (europaweit)“, gibt der Chef des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes, Prof. Helmut Kramer, zu. Und Prof. Streissler, Ökonom an der Universität Wien, warnt vor „einer politischen Zwangssituation mit ungeheuren wirtschaftlichen Kosten, die außerdem zu einer ungeheuren Unzufriedenheit in der Bevölkerung und einer immensen Stärkung faschistischer und nationalistischer Bewegungen führen könnte“ („Die Presse“, 11.11.95). Sogar dem österreichischen Gewerkschaftsbund scheint endlich zu dämmern, daß die Währungsunion ein Projekt der Unternehmerschaft und einiger PolitikerInnen mit Großmachtallüren ist, das zu Lasten von Arbeitsplätzen und sozialen Sicherungssystemen geht und darüber hinaus auch ein Problem der besonderen Art in sich birgt: Aufgrund der äußerst heterogenen Wirtschaftsstruktur innerhalb der EU, trotz des Einsatzes von Strukturfonds zur Regionalförderung, sind die EU-

Länder unterschiedlich stark von wirtschaftlichen Schocks betroffen. Da in einer Währungsunion die Möglichkeit der Nationalstaaten wegfällt, Währungsabwertungen vorzunehmen, um diese Ungleichgewichte in der Wettbewerbsfähigkeit zu anderen Ländern auszugleichen (sprich: autonome Geldpolitik zu betreiben), bleiben als einziges wirtschaftliches Anpassungsinstrument die Lohn- und Sozialkosten. Ohne ein gut ausgebaut, auf dem Prinzip der Solidarität aufgebautes gesamteuropäisches Finanzausgleichssystem würde dies direkt ins Sozialdumping führen. ÖGB-Präsident Verzetnitsch, gleichzeitig Chef des Europäischen Gewerkschaftsbundes, fordert daher die Ergänzung der Währungsunion um Pläne zur Bildung einer Sozialunion sowie eine europäische Beschäftigungsoffensive. Damit lügt er sich und der Bevölkerung aber gehörig in die Tasche. Sozialgesetzgebung bedarf in der EU immer noch der Einstimmigkeit im Ministerrat. Und die ist nicht zu bekommen. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geht auf EU-Ebene also über bloße Lippenbekennnisse nicht hinaus.

Ist die Einführung des EURO also nur um den Preis des Sozialabbaus zu haben? Die Staats- und Regierungschefs der EU versuchen der Bevölkerung weiszumachen, daß dies nicht zutrifft. Im Gegenteil: Sie

haben eine großangelegte Werbekampagne für den EURO gestartet und werden nicht müde zu betonen, daß eine einheitliche Währung nichts weiter als die zwangsläufige Folge des Binnenmarktes sei und nur sie Wachstum, Arbeitsplätze und sozialen Frieden garantiere.



Den Beweis für diesen Zusammenhang (der angesichts steigender Arbeitslosenraten trotz Wirtschaftswachstums schon lange nicht mehr stimmt) bleiben sie jedoch ebenso schuldig wie eine Erklärung für die restriktiven Fiskalkriterien von 3 % Defizit und 60 % Staatsverschuldung. Daß diese für die Stabilität einer Währung keinesfalls notwendig sind, zeigt beispielsweise schon die gut funktionierende Währungsunion zwischen Belgien (Defizit mehr als 7 %

EU-FAHRPLAN

15./16. Dezember 1995	EU-Gipfel in Madrid: Festlegung des EURO-Fahrplans
29. März 1996	Beginn der Regierungskonferenz in Turin unter italienischer Ratspräsidentschaft
22./23. Juni	EU-Gipfel in Florenz auf Ebene der Staats- und Regierungschefs
1. Juli 1996	Beginn der irischen Ratspräsidentschaft
1. Jänner 1997	Beginn der niederländischen Ratspräsidentschaft
1. Juni 1997	Geplantes Ende der Regierungskonferenz
1. Juli 1997	Beginn der luxemburgischen Ratspräsidentschaft
1. Jänner 1998	Beginn der britischen Ratspräsidentschaft
	6 Monate nach Ende der Regierungskonferenz: Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Malta und Zypern und jenen mittel- und osteuropäischen Ländern, die ein positives Avis erhalten haben
Frühjahr 1998	Ratsbeschluß über die Teilnehmer an der 3. Stufe der WWU
1. Juli 1998	Beginn der österreichischen Ratspräsidentschaft
1. Jänner 1999	Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft
	Fixierung der Wechselkurse für den EURO, Teileinführung des EURO
	Errichtung der Europäischen Zentralbank (EZB)
Ende 1999	Strukturfondsprogramme und EU-Finanzierungsregime laufen aus
1. Jänner 2002	Ausgabe der EURO-Noten und -Münzen
Juli 2002	EURO alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel innerhalb der WWU

des BIP, Staatsverschuldung 124 %) und Luxemburg. Und selbst die Europäische Kommission gibt in ihrem „Grünbuch über die Einführung einer einheitlichen Währung“ zu, daß der einzige ökonomisch meßbare Vorteil einer Währungsunion im Wegfall der Transaktionskosten für Unternehmen beim Währungsumtausch und in der Eliminierung des Wechselkursrisikos liegt, was gemeinsam ein Ausmaß von maximal 0,5 % des EU-BIP nicht übersteigt!

Zerschlagung der Sozialsysteme

Wenn es aber keine ökonomische Begründung für das Vorhandensein fiskalischer Kriterien zur Bildung einer Währungsunion gibt bzw. die Vorteile einer solchen Währungsunion überhaupt nicht klar abgesteckt werden können, kann hinter dem krampfhaften Bemühen der Staats- und Regierungschefs der EU, diese entgegen allen Warnungen und ohne Rücksicht auf Verluste durchzupeitschen, wohl nur eines stecken: der Wille zur Zerschlagung der Sozialsysteme und der Errichtung eines Kerneuropas der Hartwährungsländer.

Im Fall Frankreich ist dieser Wille eindeutig. Frankreich will Deutschland politisch einbinden, eine europäische Verteidigungspolitik und eine Währungsunion, um bei der bislang hegemonialen deutschen Geldpolitik mitreden zu können. Frankreich soll Modell für Europa werden – ein „Europa der Vaterländer“. Deshalb auch die massive Ablehnung der Forderungen nach einer Demokratisierung der Europäischen Union und einer Aufwertung des Europäischen Parlaments. Darüber hinaus wirkt seit jeher die französische Position als bestimmend für seine Nachbarn Italien,

Spanien und Belgien, mit deren Unterstützung folglich gerechnet werden konnte.

Besonders Italien ist eine künftige Mitbestimmung bei der bislang allzu deflationistischen deutschen Geldpolitik, die das inflationsgewöhnte EU-Gründungsmitglied nicht verkraften konnte und deshalb aus dem Europäischen Währungssystem (EWS) aussteigen mußte, ein Hauptanliegen. Sorgen bereiten Ministerpräsident Lamberto Dini lediglich die Konvergenzkriterien, die Italien nicht nur aufgrund der Fiskalkriterien, sondern auch aufgrund seiner schwachen Währung nicht erreichen kann. Er tritt vehement für eine Aufweichung der Kriterien ein und argumentiert mit der politischen Sprengkraft, sollte ein EG-Gründungsmitglied wie Italien nicht in den ersten Kreis der Währungsunionsteilnehmer aufgenommen werden. Italien habe ja schließlich zehn Stimmen im Ministerrat, genauso viele wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

DM oder EURO?

Ganz anders die Intentionen Deutschlands für eine Währungsunion. Die deutsche Regierung möchte gemäß einem seit Kriegsende internalisierten Instinkt das wiedervereinigte Deutschland in eine gesamteuropäische Architektur einbauen und sich gleichzeitig die führende Rolle in Osteuropa sichern, zukünftige Einflußsphären und neue Absatzmärkte erschließen. Regierung und Deutsche Bundesbank sind die treibende Kraft hinter den restriktiven Konvergenzkriterien für die Währungsunion. Dahinter steckt eine clevere Doppelstrategie. Einerseits war die Bundesbank nie ein Freund der WWU, da ein Aufgehen

der D-Mark in einer europäischen Einheitswährung einen deutlichen Machtverlust der bisher autonomen Notenbanker bedeutete. Überdies fürchten sie um die Stabilität der neuen Währung. Sind doch nach Ansicht des Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer niedrige Staatsdefizite und -schulden neben den Faktoren Preisstabilität und Zinsniveau eine zentrale Voraussetzung für die Stabilität einer Währung. Nach dem Motto „Wenn schon die starke D-Mark hergeben, dann wenigstens zu unseren Bedingungen“, schaltete sich die Bundesbank daher sowohl in die Diskussion über die Konvergenzkriterien ein, als auch in die Debatte um das Statut der Europäischen Zentralbank, die genau nach dem Muster der Bundesbank errichtet wird. Es drängt sich der Verdacht auf, daß – wenn die WWU durch die Deutschen schon nicht formal verhindert werden kann – wenigstens versucht wird, sie durch für die meisten EU-Länder unerfüllbare Bedingungen zu Fall zu bringen. Ein Verbündeter der Bundesbank im Kampf um die Konvergenzkriterien ist dabei Finanzminister Waigel, der bereits einen Plan zur weiteren Absenkung der Defizitgrenze auf 1 % des BIP sowie strenge Sanktionen bei Defizitüberschreitungen vorgeschlagen hat. Peinlich für Deutschland ist nur, daß selbst das Musterschülerland neoklassischer Wirtschaftspolitik das Defizitkriterium 1995 weit verfehlt hat und auch 1996 kaum erreichen wird.

Trotzdem bleibt in puncto Ablehnung einer Aufweichung der Konvergenzkriterien der deutsche Kanzler Kohl eins mit seinem Freund, dem EU-Kommissionspräsidenten Santer. Wollen sie doch beide – wie auch Santer Vorgänger Delors – erleben, wie der EURO als Weltleitwährung dem US-Dollar den Rang ablauft. Die Weltmacht Europa – „Creating a new world order“ – ist das erklärte Ziel der Europäischen Union (vgl. Westendorp-Bericht vom Juni 1995 zur Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996), die aus dem Kampf der Triade um Weltmarktanteile als Sieger hervorgeht. Die beiden Herren werden (hoffentlich) enttäuscht werden. Vielleicht macht ihnen das europäische Volk noch einen gewaltigen Strich durch die Rechnung. ■

KONVERGENZKRITERIEN

Defizit	3 % des BIP (Bundessektor+Länder+Gemeinden)
Staatsverschuldung	60 % des BIP bzw. nachhaltiger Schuldenabbau in Richtung 60 %
Inflation	Während des letzten Jahres vor der Prüfung nicht mehr als 1,5 % über der durchschnittlichen Inflation der drei preisstabilsten EU-Länder
Zinsniveau	Durchschnittlicher langfristiger Nominalzinssatz während des letzten Jahres vor der Prüfung maximal 2 % über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten EU-Länder
Währungsstabilität	Währung während der letzten 2 Jahre vor der Prüfung nicht abgewertet und innerhalb der EWS-Bandbreite

Ost-West-Dimension splittert Skandinavien

Im Schatten des kalten Krieges haben die nordischen Staaten seit den fünfziger Jahren eine enge regionale Zusammenarbeit aufgebaut. Dazu gehören ein gemeinsamer Arbeitsmarkt und eine Paßunion. Doch mit dem Ausbau dieser Kooperation auf die europäische Ebene tun sich die SkandinavierInnen schwer: An der Frage der EU-Angehörigkeit, der Teilnahme an der Währungsunion und des Schengener Abkommens scheiden sich die Geister.

VON BRUNO KAUFMANN / KOPENHAGEN

Grönland: Leben
außerhalb der EU



Gut 25 Millionen Menschen leben im nordischen Raum, zu welchem neben den fünf Staaten Finnland, Schweden, Dänemark, Norwegen und Island auch die autonomen Länder Åland (unter Finnland), Färöer und Grönland (unter Dänemark) gerechnet werden. In dieser weitläufigen Region – Finnland und Grönland trennen fast 5000 km, und von Kopenhagen nach Longyearbyen (auf Svålbard) sind es 3500 km – wurde 1952 der Nordische Rat*(NR) gegründet. Angesichts der internationalen Blockierungen und Blockbildungen, die der kalte Krieg mit sich führte, konzentrierten sich die nordischen Staaten in ihrer Zusammenarbeit auf „innenpolitische“ Themen. Mit einigem Erfolg: Seit über 40 Jahren können sich die SkandinavierInnen in ihrer Region als Arbeitende, Reisende und Sozialbeitragsberechtigte frei bewegen. Zudem hat der NR die kulturelle Identität der Region durch die Schaffung gemeinsamer Institutionen gefördert.

Handlungsprogramm für EU-Reform

Außen- und sicherheitspolitisch gingen die ehemaligen skandinavischen Kriegsgegner – Schweden und Dänemark machten sich als regionale Großmächte jahrhundertlang die Territorien streitig – jedoch auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts getrennte Wege. Dänemark, Norwegen und Island schlossen sich dem nordatlantischen Militärbündnis NATO an; Schweden wählte die schwerbewaffnete Neutralität und Finnland unterzeichnete einen Beistandspakt mit Moskau. Erst nach einer Staatsvertragsänderung vor drei Jahren wurde es überhaupt möglich, im Rahmen des NR außenpolitische Fragen anzugehen. An der Frage der EU-Mitgliedschaft haben sich in den vergangenen Jahren jedoch die Geister geschieden. Dänemark trat der Union bereits 1973 nach einer Volksabstimmung (63 % Ja) bei. Davon wollten jedoch die mit Kopenhagen verbundenen autonomen Färöer (verzichteten auf Beitritt) und Grönland (trat 1982 aus der EG aus) nichts wissen. Norwegens Bevölkerung hatte den Beitritt 1972 (53,5 % Nein) abgelehnt. Nach 1989 wurde die EU-Frage von den Regierungen in ganz Skandinavien erneut auf die Tagesordnung gesetzt: Die Finnen stimmten dem Beitritt schließlich (57 % Ja) am 16.10., die Schweden (52 % Ja) am 13.11. und die Åländer (65 % Ja) am 20.11.94 zu. In Norwegen blieben die BürgerInnen eine Woche später bei ihrem Nein (52 %). Zusammen mit Island gehört Norwegen seit dem 1. Januar 1994 dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) an, ist also dazu verpflichtet, die EU-Erlasse zu übernehmen.

Neue Europadebatte unerwünscht

Die hitzigen Diskussionen rund um das Verhältnis zur EU haben in Skandinavien neue Konfliktlinien an den Tag gebracht. Große Minderheiten (in Norwegen eine Mehrheit) sprachen sich 1994 gegen die Mitgliedschaft aus. Viele befürchten eine Schwächung der Demokratie und des nordischen Wohlfahrtsstaatsmodells. Eine Schwächung, die jedoch weniger mit der EU als solche, als mit der Globalisierung der Wirtschaft und der Anpassungspolitik der eigenen Regierungen zu tun hat. Führende PolitikerInnen von Kopenhagen bis Helsinki versuchen gleichzeitig im Zusammenhang mit der EU-Regierungskonferenz, die am 29. März in Turin eröffnet wird und mindestens ein Jahr andauern wird, neue intensive Debatten im Inneren zu verhindern.

Ausgeblendete Positionen

Hervorgehoben werden deshalb unumstrittene typisch nordische Fragen wie die Osterweiterung der Union (einschließlich der baltischen Staaten), die Stärkung der EU-Entscheidungskompetenzen in Umweltfragen und die Einführung eines Öffentlichkeitsprinzips nach schwedi-

ischem Vorbild. Zudem werden umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – die z. B. in Finnland bei fast 20 % liegt – verlangt. Hingegen werden die eigenen Absichten in bezug auf die notwendigen institutionellen Reformen soweit wie möglich ausgeblendet. „Die EU ist und bleibt eine zwischenstaatliche Form der Zusammenarbeit“, lautet der offizielle Tenor.

An einer Sondersession des Nordischen Rats zur Regierungskonferenz in Kopenhagen waren Mitte März nur BefürworterInnen als EinführungsrednerInnen eingeladen. Für den dänischen EU-Parlamentarier und Unionsgegner Ole Krarup war dies Beweis genug, daß sich Skandinavien nun endgültig der EU unterworfen hat. Aber auch zwischen den einzelnen nordischen Staaten wurden markante Unterschiede deutlich: „Die Handlungskraft der EU ist uns wichtiger als das Vetorecht eines jeden Landes“, erklärte der finnische Europaminister Ole Norrback. Finnland sieht auch kein Problem in der Stärkung der gemeinsamen EU-Sicherheitspolitik. Das früher offiziell neutrale Land hat sich nach der Auflösung des Beistandpakts mit Moskau radikal nach Westen hin umorientiert. Anders die Lage in Schweden und Dänemark: hier wird an der bisherigen sicherheitspolitischen Anknüpfung (Dänemark-NATO) respektive Nicht-Anknüpfung (Schweden-neutral) festgehalten.

(K)eine eigenständige EU-Demokratie?

Bedeutend positiver als seine nordischen EU-Nachbarn schätzt Helsinki auch die Aussichten auf Einführung und Teilnahme an der geplanten Währungsunion ein. In dieser Frage hat sich Dänemark durch das Edinburgher Abkommen 1992 ausgeklinkt; in Schweden hat der neue sozialdemokratische Regierungschef Göran Persson betont, daß das letzte Wort in dieser Frage beim Parlament liegt. EU-kritische Kreise fordern jedoch eine Volksabstimmung.

Wenig nordische Unterstützung dürfte bei der Regierungskonferenz die Forderung erhalten, die EU mit einer eigenständigen demokratischen

Legitimation zu versehen, zum Beispiel durch die Stärkung des Europäischen Parlaments und die Einleitung eines Verfassungsprozesses. Davon halten auch jene Organisationen nichts, die sich in den Abstimmungskämpfen gegen den Beitritt eingesetzt haben. Im Gegenteil: Viele fordern eine Renationalisierung mancher Politikbereiche.

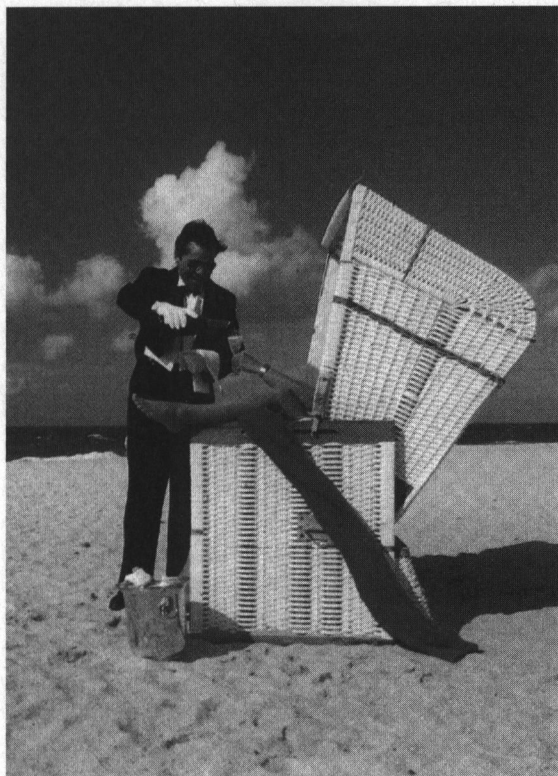
Neue Prioritäten an Ost- und Nordsee

Enttäuscht zog die halbe norwegische Regierung – elf MinisterInnen – wieder aus Kopenhagen ab. Sie hatten gehofft, im Rahmen des Nordischen Rats die EU-Reformarbeit doch noch mitbeeinflussen zu können. Nun will Oslo indirekt – über die Unterzeichnung des Schengener Abkommens – ein Bein in die Union setzen. Am 18. April fällt in Brüssel die Entscheidung, ob die beiden nordischen EWR-Staaten dem Abkommen beitreten können, daß zu einer Abschaffung der internen Paßkontrollen führen soll. Die drei anderen nordischen Staaten bezeichneten die Teilnahme Norwegens und Islands als Voraussetzung für ihr eigenes Mittun.

Das Kopenhagener NR-Treffen zeigte aber auch, daß der nordische Raum zunehmend in einen östlichen – EU-Mitglieder, Ostseeanrainer – und einen westlichen – Nicht-EU-Mitglieder, Nordseeanrainer – aufgeteilt wird. Im Osten steht dabei die friedliche Überwindung des ehemaligen Eisernen Vorhangs im Vordergrund. Am 3. und 4. Mai findet dazu auf der Insel Gotland ein Gipfeltreffen der Regierungschefs aus neun Ostseestaaten statt. Angemeldet hat sich auch EU-Kommissionspräsident Jacques Santer.

Im Westen haben Norwegen, die Färöer, Island und Grönland eine „West-Nord“-Zusammenarbeit eingeleitet: Die Verwaltung der Meeresressourcen (Fisch, Öl, Gas) ist hier das Haupt(streit)thema. „Die unausgereifte und zuwenig unsere nationalen Bedürfnisse berücksichtigende Fischereipolitik der EU schließt“, ist die frühere färöische Ministerpräsidentin Marita Petersen gegenüber ZOOM überzeugt, „eine EU-Mitgliedschaft der westnordischen Länder bis auf weiteres aus“.

Ostsee: Leben in der EU



Bei uns ist Ihr Geld sicher!

Als ich vergangenen Sommer in Rom eine Bank betreten wollte, um einen Scheck einzulösen, hatte ich den Eindruck, daß ich dem elektronischen Pförtner genauso unsympathisch war, wie er mir. Erst beim dritten Versuch öffnete er mir die Tür zur Bank. Drinnen – in der Warteschlange stehend – beobachtete ich einen alten Mann, dem es nur mit größter Mühe gelang, die Maschine zu bedienen. Mir gingen die Werbesprüche der Verunsicherungs- und SicherheitsexpertenInnen durch den Kopf. Ich dachte an den alten Mann und stellte mir meinen einarmigen Freund vor, dem just die verlangte Hand fehlt – aber ich will nicht übertreiben.

VON MANFRED GMEINER

Der Journalist betrat mit seinem Radioteam vom lokalen Rundfunk die Bank und durfte gleich beim Eingang den elektronischen Pförtner bestaunen, der Anlaß für seinen Interviewtermin beim Direktor der Filiale war.

Die zahlreichen Banküberfälle der letzten Zeit veranlaßten uns, eines der derzeit modernsten Sicherheitssysteme zu installieren. Die Sicherheit und das Geld unserer Kunden sind uns wichtig. Die Überfälle in letzter Zeit werden immer brutaler. Schon fast 90 % der

Räuber sind bewaffnet und machen auch von der Schußwaffe gebrauch.

Gab es denn schon Todesfälle im Zuge eines Überfalls?

In unserer Filiale noch nicht. Doch in den letzten zehn Jahren gab es landesweit bereits 106 Verletzte und 16 Tote. Davon waren jedoch 10 die Räuber selbst, und nur einer war Kunde.

Was trägt nun ihr elektronischer Pförtner zur Verhinderung von Überfällen bei?

Nun, es handelt sich dabei um ein Gerät zur Berechnung der Handgeometrie. Die Sensoren in der Glasplatte, die in der Durchgangsschleuse montiert sind, messen die Umrisse der Hand, und der Computer errechnet daraus die typischen Größen wie Länge, Breite und Flächen, die für jede Person individuell verschieden sind. Das heißt, der Computer erkennt, ob jemand unser Kunde ist oder nicht.

Keiner bemerkte den alten Mann, der verzweifelt versuchte, die Anweisungen des elektronischen Pförtners zu verstehen und der, als ihm klar wurde, daß er seine Hand auf den Scanner legen mußte, es nicht schaffte, seine von der Gicht gekrümmte Hand in die geforderte Position zu bringen.

Aber ich bin doch auch nicht Ihr Kunde und konnte den Pförtner passieren.

Ein Großteil unserer Kunden kommt regelmäßig in unsere Filiale. Wenn der Computer jemanden nicht kennt, wird dessen Handgeometrie gespeichert. Gleichzeitig macht der Rechner den Angestellten von Schalter eins auf den neuen Kunden aufmerksam; der prüft, ob ihm der Kunde verdächtig vorkommt und öffnet erst dann händisch die Schleuse.

Der Angestellte von Schalter eins wurde über den mißlungenen Versuch des alten Mannes vom elektronischen Pförtner nicht aufmerksam gemacht. Um die Hand als nicht registriert zu melden, müßte sie ordnungsgemäß vermessen werden.

Sie sind hier Kundin in dieser Bank. Stört Sie die Zeitverzögerung beim Betreten der Filiale?

Ein bißchen lästig ist das schon. Aber es geht ja doch recht schnell. Und daß etwas für unsere Sicherheit getan wird, find ich gut.

Ja, dazu kann ich auch sagen, daß die Computertechnologie rasch voranschreitet. In einigen Jahren können wir uns vielleicht ein Gerät zur Gesichtserkennung anschaffen. Da braucht der Kunde dann nur mehr kurz in die Kamera zu blicken. Dieses Gerät ist zur Zeit aber noch zu fehlerhaft. Von zehn Gesichtern werden nur neun wiedererkannt.

Vielleicht könnten Sie dann typische Räubergesichtszüge in den Computer einspeichern und damit den Angestellten von Schalter eins entlassen, entschuldigung, entlasten wollte ich sagen.

Ja, ha, das könnte sein. Die Technik entwickelt sich ja rasant.

Ich danke Ihnen für das Gespräch.

Der Journalist verließ zufrieden die Bank und nickte dem etwas verlassenen und traurig wirkenden alten Mann, den der elektronische Pförtner unbemerkt abgewiesen hatte, freundlich zu. ■

Cartoon: Fritz



USA verstärken Hegemonie am Waffenmarkt

Das Vormachtsstreben der USA am internationalen Waffenmarkt setzt die europäische Rüstungsindustrie unter Druck. ZOOM bringt einen von Alexander Urban gekürzten und übersetzten Beitrag aus „Le Monde diplomatique“ (Nov. 95).

VON JEAN-PAUL HÉBERT

Die im Februar 1995 von Präsident Clinton erteilte Genehmigung zum Export von Computern, die zur Steuerung von Raketen systemen geeignet sind, bekräftigt: Auf politischer Ebene wird ein Wandel sanktioniert, der in der Praxis längst vollzogen wurde, die Finanzierung der industriellen Basis des amerikanischen Militärs durch den verstärkten Export.

Exportoffensive

Im Jahr 1993 erging ein Erlaß des State Departments an die amerikanischen Botschaften, den Handel mit Industriegütern zu unterstützen, militärische Produktion eingeschlossen. Die direkte Unterstützung von höchster Ebene zeigt sich bei Interventionen für Waffenverkäufe: George Bush im Jahr 1992 für den Verkauf von M1A2 Panzerwagen an Kuwait, Handelssekretär Ronald H. Brown für den Export von F/A-18 Abfangjägern nach Malaysia und Clinton für den Verkauf von Transportflugzeugen an die Saudi-Airlines.

Diverse Restriktionen des Waffenhandels wurden abgeschafft: 1993 das Waffenembargo über Polen, Ungarn, die Slowakei und Tschechien, 1994 auch jenes über die baltischen Staaten, Rumänien, Bulgarien und Albanien. Ende 1994 wurden die Sanktionen gegen China ausgesetzt, nachdem die Volksrepublik dem Missile Technology Control Regime (MTCR) zugestimmt hatte. Der

Verkauf eines Schlachtschiffes nach Argentinien markiert das Ende eines 1982 in Kraft getretenen Embargos, auch Beschränkungen gegenüber Taiwan wurden gelöst.

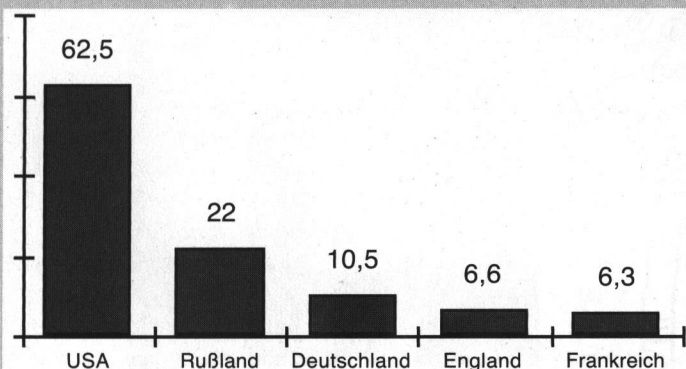
Die Regierung gestattet weiters den Firmen Mac-Donnell Douglas und Lockheed-Martin, verbesserte Exportversionen der Jäger F-15 und F-16 zu bauen, um französischer und russischer Konkurrenz zuvorzukommen. Erstmals werden die exportierten Modelle moderner sein als jene der amerikanischen Armee.

Ebenso wurde die Garantie der EXIM-Bank auf militärische Verträge ausgedehnt, besonders für den chinesischen Markt, wo die japanische und europäische Konkurrenz von Washington als „illoyal“ eingestuft wird. Anfang 1995 wurden gleichzeitig neue militärische Kontakte mit Pakistan und Indien geknüpft.

Diese Exportoffensive zielt darauf ab, die amerikanische Waffenindustrie durch ein Wellental der einheimischen Nachfrage zu bugsieren, das bis zum Ende dieses Jahrzehnts andauern soll. Viele Systeme (Awacs, F-14, F-15, F-16, Patriot-Raketen, ...) entspringen der Technologie der siebziger Jahre, und ihre Produktion wird enden. Die neuen Generationen werden jedoch nicht vor Ende der neunziger Jahre entwickelt sein. In der Zwischenzeit soll ein verstärkter Export die Produktion aufrechterhalten.

Die USA hätten bei erreichter Hegemonie auf dem Waffenmarkt die Möglichkeit, auf dem Wege unterlassener Systemerhaltung und durch Kontrolle der Ersatzteillieferungen Druck auf möglicherweise feindselige Kunden auszuüben.

DIE FÜNF GRÖßTEN WAFFENEXPORTEURE



Gesamtumsatz der größten Waffenexporteure 1990–1994 in Milliarden US-Dollar von 1990. Die russischen Exporte haben sich 1994 mit nur mehr knapp 900 Millionen Dollar beinahe in Luft aufgelöst (1990 noch mehr als 10 Milliarden).

seine Exporte 1994 gegenüber 1993 fast verdoppelt und liegt nunmehr nach den USA an zweiter Stelle.
Quelle: SIPRI Jahrbuch 1995

Forcierte Monopolisierung

M. Ethan B. Kapstein, Zentrum für strategische Studien John M. Olin (Harvard), hat in seinem Artikel „Das amerikanische Monopol des Waffenhandels“* diese Kontrollfunktion deutlich beschrieben. Nach Kapstein sollen die USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts die einzigen Produzenten hochtechnologischer Waffensysteme sein. Der Anstieg der Kosten und die Reduktion der Budgets sollen mittlere Produzenten vom Markt eliminieren. Zur Zeit des kalten Krieges wurden diese Produktionen aus „vorgeblich strategischen“ Gründen aufrechterhalten, meistens sei dies jedoch nur ein „Euphemismus für Protektionismus“ gewesen. Nach dem Fall der Berliner Mauer mußten solche Motive verschwinden. Außerdem hätten die Alliierten der USA weder die nötigen finanziellen Mittel noch die Technologie, um konkurrenzfähig zu produzieren.

Der Golfkrieg habe unwiderlegbar die technische Vormachtstellung der USA gezeigt: „Welches Land würde es wagen, sich französischen, russischen oder chinesischen Systemen anzuvertrauen, wenn seine Gegner mit amerikanischen Waffen gerüstet sind?“

Kapstein verwirft auch Joint-Ventures im Rüstungsbereich: „Theoretisch ist Kooperation sympathisch, in der Praxis ist sie teuflisch.“ Er kritisiert, daß sich die USA den Zugang zum europäischen Markt mit der Weitergabe von Hochtechnologie erkaufen hätten. Stattdessen sollten die USA auf ihre überlegene Konkurrenzkraft setzen, die Waffenexport „ohne schweren politischen Schaden“ ermöglicht. Da die amerikanischen Firmen weniger vom Export abhängen als die europäischen, könnten sie jene Verkäufe ablehnen, die die nationale Souveränität bedrohen.

Ein Monopol der Vereinigten Staaten sei überdies für die ganze Welt von Vorteil, aus Sicht der nationalen Sicherheit ebenso wie aus dem Blickwinkel weltweiter Ressourcenverteilung. Andere Länder könnten ihre Kräfte dann unbehindert in produktivere Sektoren investieren.

Zuguterletzt biete diese Hegemonie Druckmittel gegen etwaige „Pro-

blemländer“. Man müsse diese Monopolstellung also ohne Befangenheit annehmen und ihre Realisierung beschleunigen, etwa durch Repatriierung der Fertigung von F-18 Jägern, die sich derzeit in Europa und Korea befindet. Diese Perspektive ist keine rein ökonomische: Sie zielt auch auf die weltweiten Machtverhältnisse und Kontrolle, von „Alliierten“ und „befreundeten Ländern“ bis hin zu „Störern der Ordnung“.

Qualitatives ersetzt quantitatives Wettrüsten

Muß man von einem neuen Wettrüsten sprechen, diesmal nicht zwischen potentiellen Kriegsgegnern, sondern amerikanischen und europäischen Konkurrenten?

Der frühere Rüstungswettkampf war ein quantitativer und qualitativer Wettkampf zwischen den USA und der UdSSR sowie ihren jeweiligen Verbündeten vor dem Hintergrund einer möglichen militärischen Konfrontation. Diese ist unbestritten beendet. Doch ist damit auch jeglicher Rüstungswettkampf verschwunden?

Weltweit werden die Ausgaben für Rüstung gekürzt. Doch der Wettkampf hält unvermindert an. Er findet immer weniger auf quantitativer und immer mehr auf qualitativer Ebene statt. Nicht mehr die UdSSR

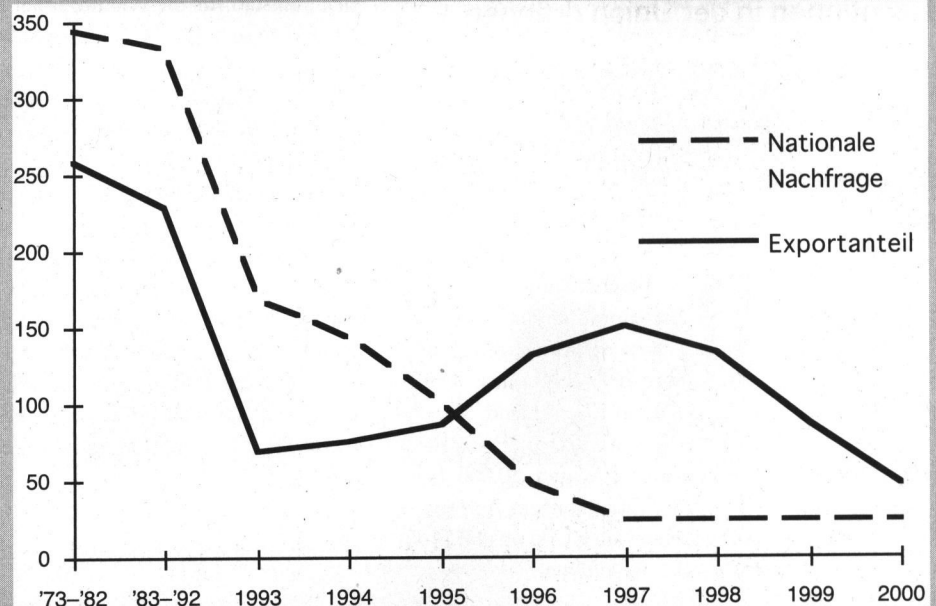
und die Vereinigten Staaten stehen einander gegenüber, sondern letztere und die europäischen Produzenten – im Ringen um die industrielle und ökonomische Vorherrschaft auf den Gebieten der Luftfahrt und der Elektronik, militärisch wie zivil. Die amerikanische Budgetpolitik bestätigt diese Tendenz durch Aufrechterhaltung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Gegensatz zur Kürzung anderer Militärposten.

Die Konzentration und Restrukturierung der amerikanischen Rüstungsindustrie und ihre zunehmende Ausrichtung auf den Export sind nicht nur ökonomisch motiviert. Sie spiegeln eine auf Hegemonie ausgerichtete strategische Neuorientierung wieder, wie sie sich zum Beispiel in der Bildung des riesigen Konzerns Lockheed-Martin manifestiert.

Sinkende nationale Nachfrage wird durch Exporte kompensiert

Die amerikanische Waffenindustrie sieht sich einer substantiellen Kürzung der Verteidigungsausgaben gegenüber. Von 6,6 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1986 sanken diese auf 3,9 % 1995. Von diesem Rückgang blieben die Ausgaben für Rüstung nicht verschont, die von 133 Milliarden Dollar 1985 auf

JÄHRLICHE PRODUKTION US-AMERIKANISCHER KAMPFFLIEGER



Angaben für 1973–1982 und 1983–1992 durchschnittliche Jahresproduktion. Quellen: Defense News 21.–27.11.94; R.Y.Forsberg (Hrsg.): The Arms Production Dilemma, Cambridge 1995.

39,4 Milliarden 1996 zurückgegangen sind. Dieser Rückgang der nationalen Nachfrage erklärt zu einem Gutteil die Vormachtstellung, die die USA am weltweiten Waffenmarkt eingenommen haben, begünstigt durch den Rückzug der UdSSR (siehe Grafik).

In den neunziger Jahren beschleunigte sich diese Tendenz: Stellten die USA 1991 noch 48,9 % der Waffenexporte in die „Dritte Welt“, so waren es 1992 bereits 56,8 % und 1993 beinahe 75 %. Der Erlös blieb dabei mit 14,6 Milliarden 1992 und 14,8 Milliarden 1993 beinahe konstant, das heißt, andere ErzeugerInnen haben einen Großteil des Marktes verloren.

Lange Zeit war der Exportanteil amerikanischer Rüstungsgüter mit 8 bis 9 % im Vergleich zum nationalen Anteil marginal. Mit der Reduktion der nationalen Nachfrage ändert sich dieses Verhältnis, wie die Tabelle über den Verkauf von Kampfflugzeugen illustriert. Dieses Phänomen ist nicht nur konjunkturell bedingt, sondern repräsentiert eine langfristige Entwicklung.

Auch auf europäischen Märkten konnten sich die USA durchsetzen, in Westeuropa und zunehmend auch in Osteuropa: Rumänien kaufte 26 Cobra Kampfhubschrauber, mit Polen wird über Flugradar vom Typ E-2C Hawkeye verhandelt.

Angesichts dieser „Herausforderung“ werden die europäischen Länder versucht sein, mit einem Exportwettkampf in die „Dritte Welt“ zu reagieren. Sie würden an einem Anheizen der Überrüstung mit all ihren unheilvollen Konsequenzen teilhaben. Das garantiert jedoch noch lange kein Gegengewicht zur amerikanischen Übermacht, denn der entscheidende Wettbewerb spielt sich nach technologischen Kriterien ab, die jenseits des Atlantiks festgesetzt werden. ■

* Ethan B. Kapstein: America's Arms-Trade Monopoly. Lagging Sales Will Starve Lessers Suppliers, „Foreign Affairs“, Mai/Juni 1994.

WEU und Europäische Rüstungsproduktion

Die europäische Rüstungsindustrie steckt in der Krise. Die WaffenproduzentInnen in der Union drängen auf einen Binnenmarkt auch für ihre Produkte.

VON PETER STEYRER

Die Beschäftigungsbilanz der Waffenproduktion in den EU-Staaten der vergangenen zehn Jahre fiel negativ aus: Kündigungswellen in Deutschland, 100.000 Arbeitsplätze weniger in Frankreichs Rüstungsindustrie und 50.000 beim britischen Waffenkonzern Aerospace. Nun scheinen auch Umsatz und Profit nicht mehr zu stimmen.

Der Umsatz der Rüstungsproduzenten in der Europäischen Union beläuft sich auf rund 3500 Milliarden

Schilling. Die US-Rüstungsindustrie setzt in halb so viel Produktionsstätten doppelt soviel um*. Das scheint der Maßstab für die Rüstungspolitik der EU zu sein. Die Westeuropäische Union (WEU) könnte der politische Träger für das Vorhaben werden, die Rüstungsproduktion wieder anzukurbeln. Mit Hilfe einer Westeuropäischen Rüstungsallianz soll die Krise der nationalen Rüstungsfirmen gelöst werden. Dies ist ein wichtiger Antrieb für die Bildung eines westeuropäischen Sicherheitssystems. Sogenannte gemeinsame Sicherheitsinteressen und die Bildung einer Militärallianzen sind erst als Folgen einer gemeinsamen Rüstungsindustrie zu erwarten.

Liberalisierung und Rüstungspolitik

Während in der Wirtschaftspolitik allgemein die Freiheit des Kapitals und das Zurückdrängen des Staates als Gestalter oder gar als Ei-

gentümer staatlicher oder gemeinschaftlicher Betriebe auf der Tagesordnung steht, gibt es gleichzeitig einen Wirtschaftsbereich, der immer stärker der EU anvertraut wird, die Rüstungsindustrie. Hier sind es dann die Konzerne selbst, die nach Aufträgen und Ordnungsmaßnahmen der Politik rufen.

Die Waffenproduktion wird so in allen Industrienationen zum zentralen Wirtschaftslenkungsinstrument des Staates. Je stärker jegliche politische Gestaltung des Marktes im allgemeinen von der Wirtschaft zurückgedrängt wird, desto größer wird die Notwendigkeit für Großkonzerne, über den Rüstungsmarkt als Transmissionsriemen der Wirtschaft zum Staat zu finden.

Das Konzept dafür, Noam Chomsky hat es militärischen Keynesianismus genannt, wirkt auf den ersten Blick geradezu hypnotisierend. Der

sicherheitspolitische Apparat des Staates kann durch gezielte Vergabe von Forschungsmitteln und Aufträgen an Rüstungsbetriebe direkt auf die Wirtschaftsentwicklung Einfluß nehmen. Der Staat kann damit einen Rest an Wirtschaftseinfluß für sich retten. Die Wirtschaft erhält für den kapitalintensivsten Bereich staatliche Förderungsmittel für Forschung, Entwicklung und Produktion. Geht es in anderen Produktionszweigen schlecht, kann ein größerer Rüstungsauftrag helfen.

In den USA und Großbritannien haben dieses Modell als erste Ronald Reagan und Margret Thatcher umgesetzt. Eine Steigerung des Verteidigungsbudgets sollte die Nachfrage am Rüstungsmarkt ankurbeln. Dies hatte zur Folge, daß sich fast alle Großkonzerne einen Rüstungssektor in ihrer Produktionspalette aufgebaut oder solche angekauft haben. Über Rüstungsaufträge holte man sich, wenn nötig, Steuergelder vom Staat. Im daraus entstehenden Technologie- und Rüstungswettlauf (Stichwort SDI) hat man zwar möglicherweise die Sowjetunion besiegt, gleichzeitig aber der USA unglaubliche Staatsverschuldung, Aushöhlung des sowieso kaum entwickelten amerikanischen Sozialsystems, Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts und zunehmende Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit beschert. Den politischen Preis für die Auswirkungen dieser Politik auf die eigene Volkswirtschaft mußte Reagans Nachfolger Bush mit seiner Wahlniederlage gegen Clinton bezahlen. Auch in Großbritannien wird der Nachfolger Thatchers, John Major, die Rechnung für die Politik und die mittelfristigen Folgen seiner Vorgängerin bei den nächsten Wahlen begleichen müssen.

Diese „Wirtschaftspolitik“ ist bereits in den USA und England offensichtlich gescheitert, obwohl sie der jeweils nationalen Rüstungsproduktion genützt hat. Doch genau diese Politik des militärischen Keynesianismus will nun ein deutsch-französisches Rüstungskartell im EU-Rahmen durchsetzen. Dieses nimmt dafür Strukturbereinigungen in der Rüstungsindustrie vor.

Die Vorboten für den militärischen Keynesianismus liegen in der Liberalisierung, Flexibilisierung und Deregulierung des Marktes. Ist der Einfluß des Staates vom Markt verdrängt, wird es um vieles leichter werden, Subventionen für Großkonzerne über Rüstungsaufträge zu legitimieren. Konkurs und Ausgleich wären dann die Drohung, mit denen Großkonzerne wie Daimler-Benz Regierungen unter Druck setzen können. Und wo die Sozialsysteme aufgeweicht oder schon aufgelöst sind, wird der Druck am Arbeitsmarkt groß genug sein, daß sich ein konkurrenzfähiger, einheitlicher westeuropäischer Rüstungsmarkt entwickeln läßt. Die WEU und die Diskussion um eine westeuropäische Sicherheitsarchitektur erscheinen vor diesem Hintergrund wie Glasperlenspiele für SicherheitsexpertenInnen.

In den vergangenen fünf Jahren fiel die erwartete Friedensdividende nach Ende des kalten Krieges wesentlich niedriger aus als erwartet. Was zu beobachten war, ist eine Umstellung der Produktion und der Arsenale aufgrund einer Änderung der Strategie: Von Waffen für die große Schlacht zwischen Ost und West wird jetzt auf Interventionskräfte umgestellt, was einen neuerlichen Investitionsschub in der Rüstung bringen wird. Statt massenhaft Kampfpanzer werden jetzt verstärkt Luft- und mobile Kräfte für out of area-Einsätze produziert und gekauft.

Rüstungs- und Technologieentwicklung: die letzten Aufträge des Staates

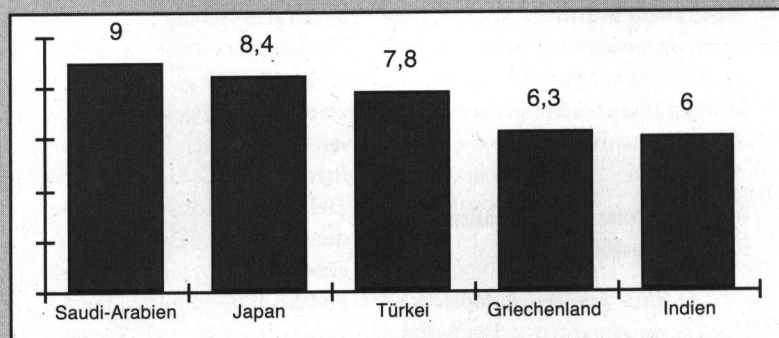
Die Instrumente staatlicher Rüstungspolitik sind

- Privatisierung,
- Zusammenlegungen und transnationale Gemeinschaftsprojekte von Rüstungsfirmen,
- Forschungsaufträge im Hochtechnologiebereich für Militärelektronik sowie Weltraumforschung und
- Aufträge im kapitalintensiven Rüstungsbereich wie der Luftwaffenproduktion.

Insbesondere in Großbritannien, Frankreich und Deutschland spielt die Rüstungsproduktion eine zentrale wirtschaftliche Rolle. Aber auch Italien, Spanien und Schweden besitzen bereits ansehnliche Umsatzzahlen. Parallelfertigungen von Flugzeugen, Panzern, Hubschraubern und Raketen sind besonders kostentreibend und ineffizient. Sie schwächen die westeuropäischen Konzerne gegenüber den US-amerikanischen Konkurrenten. Die WEU könnte dieser Entwicklung mit einer Vereinheitlichung des Rüstungsmarktes entgegensteuern. Eine deutsch-französische und eine EU-Rüstungsagentur setzen bereits vorbereitende Schritte.

Die Funktionen, die in den USA das Pentagon für den Rüstungsmarkt innehat, könnte in Europa der WEU-Rat übernehmen. Durch Akkordie-

DIE FÜNF GRÖßTEN WAFFENIMPORTEURE



Gesamtumsatz der größten Waffenimporteure 1990-1994 in Milliarden US-Dollar von 1990. Größter Importeur 1994

war die Türkei (2,1 Milliarden), gefolgt von Saudi-Arabien. Der aus dem 2. Golfkrieg herrührende Trend zu riesigen Waffenkäufen in den Ländern des Nahen Ostens nimmt ab. Aufsteiger des Jahres 1994 war Indonesien, daß mit 1,5 Milliarden seine Importe gegenüber 1993 mehr als verdreifachte (und deshalb in der Grafik nicht aufscheint).

Quelle: SIPRI Jahrbuch 1995

rung und Vereinheitlichung der Forschungsaufträge, der Produktion und der Verkaufspolitik, glauben die WesteuropäerInnen den AmerikanerInnen auch auf den Weltwaffenmärkten entgegentreten zu können.

Ein Beispiel für dieses Vorgehen ist die Entwicklung des als Ersatz für den Jäger 2000 gedachten Eurofighters, an dem Deutschland (33 %), Italien (21 %), Spanien (13 %) und Großbritannien (33 %) beteiligt sind. Die gemeinsame Entscheidung aller westeuropäischer Nationen für den Eurofighter hätte ein Auftragsvolumen von 650 Milliarden Schilling. Dies entspricht beinahe dem österreichischen Staatshaushalt. Geben die Verteidigungsminister der EU ihren Sanctus, entsteht eine Nachfrage, die einen gemeinsamen europäischen Rüstungsbinnenmarkt zu einer zwar staatlich subventionierten, aber für die Konzerne hochprofitablen Angelegenheit macht. Die RüstungsplanerInnen erhoffen sich, daß dadurch die unlängst fusionierten französischen Firmen Dassault und Aerospatiale, British Aerospace und Daimler-Benz Aerospace (DASA) auch am Weltwaffenmarkt wesentlich besser gegenüber den AmerikanerInnen abschneiden werden.

Ein Hubschrauber, der den Namen „Tiger“ erhalten soll, wird in französisch-deutscher Kooperation entwickelt. Vor kurzem erst mußten die EuropäerInnen hinnehmen, daß Großbritannien einen Hubschrauberauftrag im Wert von 40 Milliarden Schilling an McDonnell Douglas vergeben hat. Auch die Niederlande folgten dem britischen Beispiel. Solchem marktwirtschaftlichen Verhalten der Regierung soll in Zukunft der Rüstungsbinnenmarkt mit seinen Bedingungen vorbeugen.

Von der nationalen zur supranationalen EU-Rüstungspolitik*

Die drei größten europäischen Rüstungsproduzenten Frankreich, Großbritannien und Deutschland verfolgen verschiedene Strategien. Großbritannien, das bereits unter Thatcher Anfang der achtziger Jahre dem amerikanischen Beispiel gefolgt ist und die Gesetze des freien Mark-

tes auch für die Rüstungsindustrie verordnet hat, sind die französischen und deutschen wie die meisten anderen europäischen Waffenschmieden in der Krise. Thatcher hat analog den USA die meisten Rüstungskonzerne privatisiert und umstrukturiert. Weiters hat sie keine fixe staatliche Auftragspolitik z. B. an British Aerospace durchgeführt, jedoch sehr wohl große Forschungsförderungsprogramme bezahlt. Die britische Rüstungsproduktion sollte damit auf längere Sicht international konkurrenzfähiger – und somit auch für den eigenen Verteidigungsminister attraktiv – werden. Eine Erwartung, die sich auch erfüllte. 50.000 Stellen sind auf diesem Weg „rationalisiert“ worden. Heute ist die britische Rüstungsindustrie die im westeuropäischen Rahmen erfolgreichste. Das könnte auch ein Grund sein, warum Großbritannien relativ geringes Interesse an einem gemeinsamen westeuropäischen Rüstungsmarkt oder Sicherheitssystem hat.

Die französische Rüstungsindustrie wird mit dem Begriff des Colbertismus (nach dem Premierminister J. B. Colbert unter Ludwig dem XIV.) charakterisiert. Seine wesentlichen Merkmale sind die weitgehende Staatlichkeit der Rüstungsproduktion. Fixe staatliche Aufträge und die Engführung der Waffenentwicklungen mit den nationalen Strategien sind für den Colbertismus typisch. Was der Staat braucht und will, wird produziert. Folge dieser „protektionistischen“ Rüstungspolitik sind Konkurrenzprobleme für die monopolistischen Betriebe, die dann rein staatlich subventioniert werden. Neben der Abschaffung der Wehrpflicht hat Präsident Chirac zuletzt einen zweiten, viel wichtigeren strategischen Schritt gesetzt: die Reform des Colbertismus mit dem Ziel, die französischen Betriebe auf den EU-Binnenmarkt für Rüstungsgüter vorzubereiten und sie zum Flaksschiff derselben zu machen. Zusammenlegung von Dassault und Aerospatiale mit dem Ziel der Privatisierung, Teilprivatisierung von Thomson CSF und Gemeinschaftsprojekte mit der deutschen DASA und der British Aerospace sollen die französischen Waffen, die

dann WEU-Waffen sein werden, wieder wettbewerbs- und weltmarktfähig machen.

Die deutsche Rüstungsproduktion steckt ebenfalls in einer tiefen Krise. Deutschland ist zwar 1994 hinter den USA zum zweitgrößten Rüstungsexporteur der Welt geworden. Dabei handelt es sich jedoch in erster Linie um Altmaterialien der Nationalen Volksarmee der ehemaligen DDR und der Bundeswehr. Die deutsche Rüstungsproduktion hat einige Strukturmängel. In verschiedenen Bereichen wie der Weltraumproduktion hinkt sie nach. In anderen konnte sie die Projekte im nationalen Rahmen mangels politischer Zustimmung (Jäger 90) nicht umsetzen. Hier besteht das größte Interesse an einer Neustrukturierung des Marktes. Deutschland ist daher auch die treibende Kraft für zukünftige Gemeinschaftsprojekte wie den Eurofighter, das FLA-Transportflugzeug, den Kampfhubschrauber „Tiger“ und der Militärfregatte Horizon.

Vorerst werden diese Gemeinschaftsprojekte in einer deutsch-französischen Rüstungsagentur geplant und vorbereitet. Für die Zukunft empfiehlt der WEU-Experte De Vestel eine Westeuropäische Rüstungsagentur (WEAG): „Die primäre Funktion dieser WEAG soll der permanente Dialog zwischen den Verteidigungsministerien und deren führenden Köpfen des Beschaffungswesens werden. Im Moment treffen sich die Verteidigungsminister nur zweimal jährlich in der WEU und einmal in der WEAG.“

Wird die Agentur zur ständigen Einrichtung, könnte sie sich zur besseren Identifizierbarkeit ruhig eines martialischeren Titels bedienen. Im supranationalen Rahmen der EU bleibt den Menschen der Zugriff sowieso praktisch verwehrt. ■

*Pierre De Vestel: Defence markets and industries in Europe: Time for political decisions?, Institute for Security Studies of WEU 1995.

■ GESETZLICH VERGLIMPFT
■ SOLDATEN ...

In Deutschland werden die „Straftaten gegen die Landesverteidigung“ um einen eigenen Paragraphen für Kurt Tucholsky erweitert. Bis zu drei Jahren soll auf Vorschlag von Justizminister Schmidt-Jorzig von der FDP in Hinkunft eingesperrt werden, wer „Soldaten in Beziehung auf ihren Dienst in einer Weise verunglimpft, die geeignet ist, das Ansehen der Bundeswehr oder ihrer Soldaten in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen“. Anlaß für den besonderen soldatischen Ehrenschatz ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, daß Soldaten straffrei „Mörder“ genannt werden dürfen – solange dies ohne Bezug auf die Bundeswehr geschieht. Über das berühmte Zitat „Soldaten sind Mörder“ aus einem Artikel Kurt Tucholskys in der „Weltbühne“ im Jahre 1932 wird seit Jahren vor deutschen Gerichten gestritten. In Berlin bereitet die Justiz bereits erste Verfahren vor: Anfang März durchsuchten Staatsanwälte die Räumlichkeiten der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“, der „tageszeitung“ und der „Jungen Welt“ auf der Suche nach Plakaten und Inseraten mit dem Titel „Ja, Morden!“ Im deutschen Bundestag kam es zu einem Eklat, als der SPD-Abgeordnete Schily den Gesetzesentwurf der CDU/FDP-Regierungskoalition als „politischen

Unrat“ bezeichnete. Norbert Geis, innenpolitischer Sprecher der CDU, rief Schily zu: „Sie gehören nicht ins Parlament.“ Die Sitzung endete in Tumulten und Schreiduellen. Zitat: „Ein anderer Satz bleibt ungefährlich: Verteidigungsminister sind potentielle Mörder.“ – zumindest, solange Politiker sich noch keinen eigenen Ehrenschatz verschafft haben.“ (Rechtswalt Michael Hofferbert im „Spiegel“ 11/96)

■ ... UND „SEGENSEICHE“
■ NAZIJUSTIZ

Einen ähnlichen Wirbel hatte Geis bereits Ende letzten Jahres bei der Anhörung über die von der Opposition geforderte pauschale Rehabilitierung und Entschädigung der noch lebenden 300 Deserteure der Deutschen Wehrmacht ausgelöst (siehe ZAM 7/95). Der von Geis als Sachverständige geladene ehemalige Wehrmachtsrichter Otfried Keller lobte die Verfahren vor den NS-Militärgerichten als „ohne Zweifel rechtsstaatlich“ und für die Angeklagten „segensreich“. Die Empörung der Grünabgeordneten Nickels, Keller rechtfertigte Naziurteile, quittierte Geis mit: „Sie vertragen die Wahrheit nicht.“

Doch mit der Ladung von Keller und zwei weiteren bekannten Revisionisten könnte sich Geis selbst ein Bein gestellt haben. Bei dem Hearing bezogen jene CDU-Abgeordneten, die sich entgegen der offiziellen Parteilinie für eine grundsätzliche Aufhebung der Urteile gegen die Opfer der NS-Militärjustiz aussprechen, erstmals offensiv gegen ihre eigene Fraktion Stellung und forderten eine rasche Einigung. Ende Februar initiierten in Berlin TeilnehmerInnen der Tagung „Vom Kaiserheer zur Bundeswehr“ einen „Potsdamer Appell“, der sich die Rehabilitierung der NS-Militärpöper zum Ziel gesetzt hat. Zu den ErstunterzeichnerInnen zählen der Wehrmachtsdeserteur

Ludwig Baumann, der in Österreich durch seine kritische Haltung in der Waldheim-Historikerkommission bekanntgewordene Militärhistoriker Manfred Messerschmidt und Franz Jägerstätters Witwe Franziska. Das „Aktionsbündnis Potsdamer Appell“ möchte diesen auch in Österreich bekannt machen.

Der vollständige Text ist über ZOOM oder das Aktionsbündnis zu erhalten: Oranienstr. 25, D-10999 Berlin, Tel: 0049-30-615 005 60, Fax: 615 005 99, Email: lothare@ignaz.in-berlin.de.

■ FRAUENRECHTLER
■ WERNER FASSLABEND

hat sich durchgesetzt. Schon bald dürfen auch österreichische Frauen unter Beweis stellen, daß sie nicht friedfertiger sind als Männer, und die Ausbildung zu potentiellen Mörderinnen ergreifen. Die aus Funk und Fernsehen bekannte Vorkämpferin für den Zugang von Frauen zum Bundesheer, Christine Scherzer („Ich kann die Worte Emanzipation und Feminismus nicht mehr hören...“), wird sich aber noch etwas gedulden müssen, bis sie sich ihren Traumjob als Kommandantin eines Kampfpanzers erfüllen darf. Zunächst werden Fasslabend und Frauenministerin Konrad bis Ende des Jahres die Details ausarbeiten. Konrad fordert die verfassungsmäßige Festschreibung der Freiwilligkeit, uneingeschränkten Zugang der Frauen zu allen Funktionen und ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld – also die Quadratur des Kreises. Auf die grundsätzliche Kritik ihrer Vorgängerin Dohnal verzichtet sie. Dies, obwohl eine Studie ihres eigenen Ministeriums belegt, daß in allen Armeen mit Frauen Diskriminierung, sexuelle Belästigung und Vergewaltigung auf der Tagesordnung stehen. Als nächsten Schritt ihres Gleichbehandlungsprogramms könnte die Regierung vielleicht eine Anregung der Frauenforscherin Claudia von Werlhof aufnehmen und Frauen auch den Zugang zur Organisierten Kriminalität ebnen.

POTSDAMER APPELL

Dem Gedenken müssen Taten folgen!

NS-Justiz nicht verurteilt, die Opfer der NS-Militärgerichtsbarkeit warten auf die längst überfällige Rehabilitierung und Entschädigung

Die NS-Terrorjustiz hat über 46.000 Todesurteile zu verantworten. Sie wurde vom Bundesgerichtshof (BGH) als „Blutjustiz“ bezeichnet. Bis heute ist von deutschen Gerichten kein einziger NS-Jurist rechtskräftig verurteilt worden.

Von den etwa 3.000 NS-Militärjuristen wurden über 30.000 Todesurteile unterzeichnet, die mehr als 20.000 Menschen das Leben kosteten. Es waren dies Urteile u. a. wegen sogenannter „Wehrkraftzersetzung“, wegen Hoch- und Landesverrats, angeblicher Spionage, unterstellter Feindbegünstigung und Fahnenflucht. Die Urteile des „zivilen“ Volksgerichtshofs führten in diesem Zeitraum zu 5.191 Exekutionen.

Die aktuelle Forschung beweist die Mittäterschaft der deutschen Wehrmacht beim Genozid an den europäischen Juden und bei anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Unbestritten ist, daß die Urteile der Militärjustiz institutionalisiertes Unrecht und ihre Gerichte Terrorinstrumente der Nazi-Diktatur waren. Die Militärrichter haben massenhaft Todesurteile gefällt, ohne dazu gezwungen worden zu sein.

Wie wenig ernst das Gedenken von offizieller Seite genommen wird, zeigen die Auseinandersetzungen um die Anbringung der Gedenktafel für den österreichischen Kriegsdienstverweigerer Franz Jägerstätter im Sommer 1995 am Gebäude des ehemaligen Reichskriegsgerichts 1989 in Berlin (siehe ZAM 7/95).

Wir fordern von den Verantwortlichen:

- Unrechtserklärung aller Urteile der NS-Militärjustiz
- Rehabilitierung und Entschädigung der NS-Militärjustizopfer nach den Grundsätzen des Bundesentschädigungsgesetzes
- Würdige Kennzeichnung aller Orte des NS-Justizunrechts

(gekürzt)

Dem Heer ist nichts zu teuer

Zahlreiche innenpolitische
Offensiven aus der Wiener Dampf-
schiffgasse, wo der Verteidigungs-
minister sein Kommando führt,
konterkarieren den Sparkurs der
Bundesregierung. Peter Steyrer
über Fasslabends
Konsolidierungspaket

Missilepreis: 20 Schilling

HOT MISSILE

1 Vertrag mit Provision
100.000 für das Bundesheer
1 WEU - Beitritt
1 Probe-schießen in Allentsteig
1 Million für Friedenseinsatz
1 Gutschein für Würstel mit Saft

Gewinnfeld aufrubeln. Bei 3 gleichen Symbolen in einer horizontalen Reihe gewinnen Sie den in der Gewinn-tabelle vorgesehenen Preis. 10% des Lospreises gehen direkt an das Österreichische Bundesheer! Mit ihrer Teilnahme unterstützen Sie somit das Österreichische Bundesheer und die Bestrebungen, Österreichische Waffen und Soldaten im Rahmen der gesamteuropäischen Sicherheit und Friedenssicherung wieder zu einem unverzichtbaren Bestandteil zu machen.

© DIE ROT

Mit SICHERHEIT gewinnen!

Ob Frauen zum Heer oder die internationale Einsetzbarkeit österreichischer Einheiten, die Zivildienstverlängerung oder weitere Rüstungsbeschaffungen, die Jahre 96/97 bringen dem PR-Fachmann Fasslabend reiche Ernte. Die wahre Kunst dabei war, all diese Projekte an den Strudeln der Spardiskussion vorbei zu führen und sie trotzdem durchzusetzen. Nebenbei wurden der Innenminister und seine Thesen zu Wehrpflicht und Umrüstung niederkartetscht. Einem versuchte eine Diskussion zu wehrpolitischen Sachfragen anzuleiern. Die Sicherheitsexperten machten eine Diskussion daraus, ob Linke wie Einem solche Fragen überhaupt diskutieren dürfen sollen. Die darauffolgenden Scharmützel verfehlten die gute Absicht, eine sicherheitspolitische Diskussion anzuknüpfen.

Während im Sozial-, Bildungs- oder Kulturbudget Einsparungen durchgeführt werden, wird das Verteidigungsbudget 1996 um 500 Millionen auf 20,743 Milliarden und 1997 um noch einmal 100 Millionen steigen. Rechnet man die Kasernenmilliarde aus dem Bautenministerium ein, so wird Fasslabend für dieses Jahr 22,2 und im Folgejahr 22,3 Milliarden Schilling zur Verfügung haben. Angesichts dieser Entwicklung mußte selbst Fasslabends Pressesprecher zugeben, beim Sparpaket „nicht zu den absoluten Verlierern zu gehören“.

Der Beitrag des Verteidigungsministers zum Weltfrauentag lautete: „Beim Zugang von Frauen zum Bundesheer handelt es sich um die Freiheit für Frauen in Österreich“. Gleich von den Frauen schlechthin zu sprechen, war leicht übertrieben. Aber die jahrelange Aktivität einer Einzelnen hat sich am 8. März '96 bezahlt gemacht. Die heimliche Förderung des Bundesheers durch Wehrpolitiker wie den Minister einerseits und die ständige Bezugnahme auf

die Aktivitäten Frau Scherzers andererseits – unter dem Motto „die Frauen drängen ins Heer, wir können es ihnen nicht mehr verwehren.“ – erinnerten an bestellte und inszenierte Scheinbürgerinitiativen in totalitären Regimen. Am Ende glauben es die Herren Wehrpolitiker wirklich selbst noch, daß die Öffnung des Bundesheeres für Frauen ein Akt der Gleichberechtigung ist. So wurde der Weltfrauentag nicht einmal zum Scherzerinnen-, sondern nur zum Scherzertag.

Für diese Gleichberechtigung ist dem Heer nichts zu teuer. Bei 22 Milliarden Verteidigungsbudget fallen die 200 oder 300 Millionen, die Frauen beim Bundesheer kosten werden, kaum ins Gewicht. Unter Umständen können die notwendigen Baumaßnahmen (für Hygiene-einrichtungen...) aus der jährlichen Wehrmilliarde des Bautenministeriums finanziert werden.

Unter dem Titel Äußere Sicherheit wird im Koalitionsübereinkommen drei Absätze lang über die internationale Einsetzbarkeit österreichischer Soldaten und die Vorbereitung der Kooperation mit NATO und WEU räsoniert. Das geplante Sicherheitskooperationsgesetz soll sowohl die Kooperationen im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden als auch internationale Beteiligungen wie an IFOR-Einsätzen den entsprechenden Verfassungsrahmen verleihen. Die Partnerschaft für den Frieden kann als Wartezimmer für zukünftige NATO-Mitglieder charakterisiert werden. Von Anpassung der Rüstungsbeschaffungspolitik, Standardisierung der Kommunikation, Leit- und Führungsstruktur bis hin zu gemeinsamen NATO-Manövern auf österreichischen Truppenübungsplätzen reicht das Integrationsbündel dieser sogenannten Partnerschaft. Es handelt sich um ungleiche Partner. Österreich

zahlt, paßt sich an und bereitet sich auf die Mitgliedschaft vor. Die NATO bestimmt Politik, Strategie und Taktik. Die Kosten, die der Republik aus diesem sicherheitspolitischen Monsterprojekt erwachsen werden, sind noch nicht absehbar. Eines ist jedoch jetzt schon klar: die Republik übernimmt sie.

Die Rüstungsbeschaffungspläne des Ressorts sind ambitioniert wie eh und je: neue Kampfpanzer, Kampfhubschrauber und neue Abfangjäger.

Die Einkaufsliste wird noch länger werden. Ist Österreich erst NATO oder WEU-Mitglied, geht es erst richtig los. Für die nächsten zehn Jahre sind 50 Milliarden Schilling im Verteidigungsbudget für Rüstungsbeschaffungen vorgesehen.

Ein weiterer Erfolg für Fasslabend ist die Verlängerung des Zivildienstes auf zwölf Monate. Diese belastet nicht einmal sein Budget. Die 100 bis 150 Millionen Mehraus-

gaben, die die einmonatige Verlängerung kostet, wird vom Innenministerium abgedeckt. Den politischen Erfolg kann der von der Wehrpflicht befreite Verteidigungsminister für sich verbuchen. Die SPÖ kann ihre Parteitagebeschlüsse über gleiche Länge von Wehr- und Zivildienst endgültig archivieren. Um bei der Sicherheitspolitik zu punkten, fällt ihr gegenüber dem Koalitionspartner das Sparargument schon seit Jahren nicht mehr ein. ■

Zivildienstfristensalat

VON PETER STEYRER

Das Übereinkommen von ÖVP und SPÖ betreffend Zivildienst wird, wenn alles so bleibt wie jetzt beschlossen, die Rechtssicherheit für Gewissensverweigerer ein weiteres Stück abbauen. Auch die Länge des Zivildienstes soll 12 Monate werden.

Wird der politische Beschluß der Regierungsverhandler in Gesetzesform gegossen ist für den Zugang zum Zivildienst folgendes zu befürchten: Die Zivildiensterklärung muß bis einen Tag vor Erhalt des Einberufungsbefehles eingebracht werden. Damit ist das Zivildienstverfahren das erste im Rechtsstaat, in dem eine Frist durch ein nachfolgendes Ereignis ausgelöst wird. Damit das Heer

nicht völlig freie Hand hat, indem es z. B. gleich bei der Stellung Einberufungsbefehle austellt und damit jeglichen Zugang zum Zivildienst ausschließt, ist eine Zusatzklausel im Übereinkommen: Die Frist zwischen Erhalt des Tauglichkeitsbefundes und dem Erhalt des Einberufungsbefehles darf nicht weniger als sechs Monate betragen.

Noch kurioser ist die Regelung für „Altfälle“. Alle jene, die in den vergangenen Jahren die einmonatige Zivildienstantragsfrist versäumt haben, werden noch einmal eine Chance bekommen: 5 Jahre nach der Tauglichkeit wird eine neuerliche Frist von sechs Wochen ausgelöst, in der ein

Zivildienstantrag eingebracht werden kann. Wer schon länger als fünf Jahre und sechs Wochen im Aufschub steckt, hat Pech gehabt. Er wird keine neuerliche Antragsfrist haben. Das heißt: Alle bis zum Alter von ca. 23 Jahren werden dann noch einmal Gewissensgründe durchsetzen können, alle zwischen 23 und 28 sind endgültig ausgeschlossen: Rund 25.000 junge Altfälle werden noch einmal Gewissensfreiheit genießen, 25.000 alte Altfälle werden nie mehr einen Gewissenswandel geltend machen können. Hinter dieser absehbaren Ungleichbehandlung stecken wie immer die Rekrutierungsinteressen des Heeres. Die Koalition wird den Gleichheitsgrundsatz durch eine Übergangsbestimmung mit Verfassungsmehrheit, vor Anfechtungen beim Verfassungsgerichtshof zu immunisieren wissen.

AUS DER KRANK= HEIT EINE WAFFEL MACHEN

17. - 20. APRIL 1996

Mittwoch 17. April 1996, 19:00 Uhr
TU-CLUB, Paniglgasse 1, 1040 Wien

Liesl Ujvary:
LUSTIGE PARANOIA
Gudrun Perko:
DIE KRANKHEIT ZUM WEIB
Maßstäbe der Normalität
Helga Pankratz:
DUNKELZIFFERN
Franz Zobel / Carla Degenhardt:
RANKEN - Ein Buch für Dick und Dünn
Karin Schöffauer:
ANGST SCHEISZT DER HASE

Filme:
Renate Kapfinger-Kordon:
BUNTES BLUT, Farbe, 8 min.
Valie Export:
REMOTE REMOTE, Farbe, 12 min.
Kurt Kren:
KÖPFE AUS DEM SZONDI-TEST,
sw, 5 min.
Krankenpflegeschule SMZ Ost:
HEAVY EMOTIONS, Farbe, 5 min.

**Freitag, 19. April 1996,
19:00 Uhr**
**Ort: Festsaal der TU, TU Hauptgebäude,
Karlsplatz 13, 1040 Wien**

KRÄHENFUSZ, ORANGENHAUT UND
ANDERE UNPÄSZLICHKEITEN
Chorkonzert: Gegenstimmen

Donnerstag, 18. April 1996, 19:00 Uhr
TU-CLUB, Paniglgasse 1, 1040 Wien

Dorothea Macheiner:
DER SCHMERZ DAS LEID UND DIE
VERWIRRUNG DER MEDIZIN
MÄNNER

Otto Penz:
PSYCHOCIRURGIE
- SCHÖNHEITSOPERATIONEN
Monika Gentner:
http:
/www.gebrechenswahl/hypermail.html

Bettina Balaka:
PILZE
Fritz Widhalm:
DICKE LUFT -
ein Irwitziger Arztroman
Thomas Northoff:
ALLES IS HIN
- Dias aus dem Stadtlesebuch

Samstag, 20. April 1996, 19:00 Uhr
TU-CLUB, Paniglgasse 1, 1040 Wien

Ruth Asböck:
DIE KRANKE ARMUT
Rolf Schwendter:
GESUNDELEBEN-KRANKWERDEN
Krista Kempinger:
VOM GEHEN VOM SEHEN VOM
HUNGER
Karin Spielhofer:
KRANKHEIT AUF, AUS DEM WEG
Das Fröhliche Wohnzimmer:
DIE BANDSCHEIBENOPERETTE



BILOER TEXTE TÖNE

EINTRITT FREI

Good morning, Bosni@

Mit ihrer Landung in Bosnien sind die amerikanischen IFOR-Truppen auch ins World Wide Web einmarschiert. Nicht mehr CNN, das Internet ist das aktuelle Medium des Krieges.

VON MARKUS KEMMERLING

Willkommen bei BosniaLINK, dem offiziellen Informationssystem über die US-Militäraktivitäten in der Operation JOINT ENDEAVOR. Unter dem Logo eines Spinnennetzes grüßt das US-Verteidigungsministerium all jene, die sich in seinen Computer einwählen. BosniaLINK (<http://www.dtic.dla.mil/bosnia/>) versammelt offizielle Informationen der US-Regierung und des

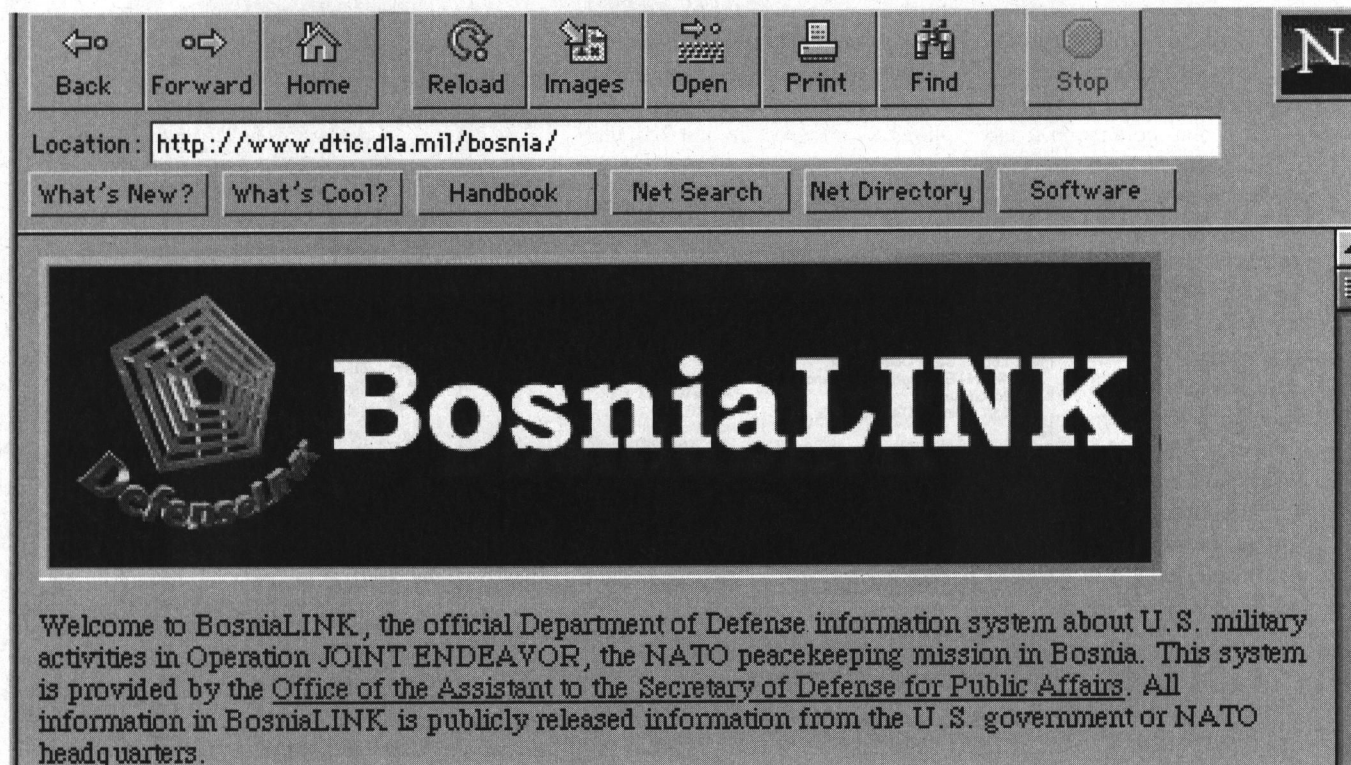
NATO-Hauptquartiers zur „friedenserhaltenden Mission in Bosnien“, von Karten und Fotos über Politikerreden und Biographien führender Militärs bis hin zu Fact sheets: „Welche Ausrüstung benötigt ein US-Soldat für den kalten Winter?“

Schickt patriotische Grüße!

Nachdem ich die Verbindung zu BosniaLINK hergestellt habe, empfängt mich Verteidigungsminister William Perry, der „seine ganze Karriere als kalter Krieger zugebracht“ hat, mit „Bemerkungen“ über den „historischen Moment“: „Als wir den Schrecken dieses Konflikts auf CNN sahen und die Friedensverhandlungen erfolglos dahindümpelten, verspürten viele in den Vereinigten Staaten eine moralische Verantwortung, den Kriegsparteien einen Frieden aufzudrängen.“

Mit einer für das amerikanische Publikum bestimmten, für europäische Ohren somit ungewohnten Of-

fenheit klärt BosniaLINK darüber auf, warum die USA sich an IFOR, dem „Symbol für ein neues Europa“, beteiligen müssen: „Die Vereinigten Staaten haben vitale politische, ökonomische und Sicherheitsinteressen in Europa. Der Krieg in Bosnien bedroht diese Interessen. Die Gefahren für die USA, eine Fortsetzung des Krieges zuzulassen, sind größer als die Risiken, den Frieden durchzusetzen.“ Trotzdem werde IFOR nicht die bosnische Armee ausrüsten und trainieren, falls dies zur Herstellung eines militärischen Gleichgewichts mit den bosnischen Serben notwendig werde. Ebenso wenig sei sie in den Wiederaufbau, humanitäre Unterstützung, politische Reformen oder die Durchsetzung der Menschenrechte involviert. Dafür beantworte laut Perry der Bosnieneinsatz „eine Frage, die das Ende des kalten Krieges zurückgelassen hat: Hat die NATO noch eine Existenzberechtigung?“ Sie hat: „Anstatt zu verschwinden, erfreut sie sich einer Renaissance. Um Mark



Twain zu paraphrasieren: Die Berichte vom Tod der NATO waren reichlich übertrieben.“

Auch Skurriles weiß Perry zu berichten. Um sich auf ihren Einsatz vorzubereiten, haben die Amerikaner im deutschen Hohenfels „ein Mini-Bosnien errichtet – vollständig mit Dörfern, serbischer und förderierter Armee, paramilitärischen Einheiten, Schwarzhändlern, Schmugglern, UN- und NGO-Vertretern, schlechten Straßen, Heckenschützen, Minen, Dreck und“ – um die Kriegsrealität so richtig „vollständig“ zu machen – „CNN“.

BosniaLINK bietet nicht nur Informationen über die amerikanischen Truppen in Bosnien, es fordert auch dazu auf, diesen als Zeichen der Unterstützung oder von Patriotismus „Grüße und Ermutigungen“ zukommen zu lassen. „Moral und Wohlergehen“ der Soldaten sind schließlich von „allergrößter Wichtigkeit“. Kurz gerate ich vor dem Bildschirm in Versuchung, dieser Aufforderung nachzukommen. Doch meine Nachricht würde ihr Ziel kaum erreichen. Das US-Verteidigungsministerium ist sich der Schwierigkeit bewußt, das Internet zu zensurieren. Die elektronische Feldpost wird deshalb ausgesiebt. Nur eine Auswahl gelangt tatsächlich zu den Soldaten. Und dies auf ganz altertümlichem Weg über interne Truppen-Postillen oder das armee-eigene Radio und Fernsehen. Was ich einem GI zu sagen hätte – wenn ich ihm denn überhaupt etwas zu sagen hätte – dies ließe sich wohl kaum nach „Good morning Bosnia“ im Armeesender verlesen.

„Wir sind bereit“

Der Krieg im Internet ist nicht weniger virtuell als die Videospielbilder aus den Zielkameras der US-Bomber über Bagdad, doch er ist weit davon entfernt, einen ähnlichen Thrill auszuüben. Kein CNN-Reporter auf dem Dach eines Hotels in Dharan, der in die von den in der Ferne sichtbaren Einschlägen der irakischen Scud-Raketen erbebende Kamera schreit: „OK, boys, let's get out of here!“ Gegenüber den Realzeitbildern von CNN ist das Internet, das fast eine Minute, also 59 Sekunden zu

Location: http://www.dtic.dla.mil/defense/links/photos/03996_960204-F-2171A-001.html

What's New? What's Cool? Handbook Net Search Net Directory Software

The body of Sgt. 1st Class Donald A. Dugan is carried through a NATO honor guard.



A casket bearing the body of Sgt. 1st Class Donald A. Dugan, Scout Platoon, 1st Battalion, 1st Cavalry Division, is carried through a NATO honor guard to a waiting U.S. Air Force C-130 Hercules for flight from Tuzla Air Base, Bosnia and Herzegovina, to Germany on Feb. 4, 1996. Dugan was the first U.S. service member in the NATO Implementation Force (IFOR) killed during Operation Joint Endeavor.

960204-F-2171A-001

lang, benötigt, um ein einziges Foto auf den Schirm zu bringen, hoffnungslos langsam. Und was bekommen wir dann zu sehen? „Hubschrauberlandung im Sonnenuntergang“ oder „Air Force-Pilot entspannt sich mit seinem Laptop-Computer in der Tuzla Air Base“.

BesucherInnen von BosniaLINK dürfen sich an den Bildern des Panzers Army M-109 155mm Self-propelled Howitzer, des Flugzeugträgers USS George Washington (CVN 73) usw. erfreuen. Das angeschlossene Navy News Service bietet an, direkt per Mausklick von den Pressemitteilungen aus sogenannte Fact Files der Navy-Schiffe und -Flugzeuge abzurufen, inklusive Fotos und stolzer Sprüche ihrer Kommandanten: „Wir sind bereit, der Nation als schnelle Einsatztruppe zu dienen, wo und wann immer wir gebraucht werden.“ Das enorme Waffenarsenal der amerikanischen Bosnientruppen als Cyberspace-Basis für Netzsurfer mit Hang zu Militaria.

Die Wirklichkeit der ex-jugoslawischen Länder und seiner Menschen – „weit entfernte Länder mit Namen, die wir nicht einmal aussprechen können“ (Perry) – bleibt naturgemäß ausgeklammert. Diesbezüglich unterscheidet sich BosniaLINK in nichts von CNN, ist ganz modernes Medium. Was es im Gegensatz zu diesem aber letztlich an-

tiquiert erscheinen läßt, ist sein Charakter als staatliche Verlautbarungsagentur, in etwa so aufregend wie der Amtsteil der Wiener Zeitung oder die Prawda.

Doch mit der richtigen Adresse zur Hand ist im Internet der Kontakt zu kritischen Informationen über den Balkankrieg, zu lokalen und internationalen Antikriegsinitiativen ebenso schnell hergestellt wie jener zu den NATO-Truppen. Wer nicht in „von UNO und NATO unterstützten ‚ethnischen Säuberungen‘ den einzigen Weg zum Frieden“ sieht, für den bietet etwa das PeaceNet eigene „Balkan Seiten“ an (<http://www.igc.apc.org/balkans/>). Von dort ist es nicht weit zu ZaMir, dem „Friedensnetz im Kriegsgebiet“, oder den Belgrader Frauen in Schwarz, die über ihre Unzufriedenheit mit dem Daytoner Abkommen berichten: „Der Krieg ist noch lange nicht vorüber. Wir setzen unsere Straßenproteste und alle anderen Aktivitäten fort.“ BosniaLINK wird darüber allerdings nicht informieren. ■

Wo BosniaLINK der Realität am nächsten ist: Der Sarg von Donal Dugan, dem ersten gefallenen US-Soldaten, am Weg in die Heimat

PeaceNet @igc

Pour Oil on Troubled Waters

Ken Saro-Wiwas Aufzeichnungen „Flammen der Hölle – Nigeria und Shell: Der schmutzige Krieg gegen die Ogoni“ sind im Rowohlt-Verlag erschienen. Trotz Androhung rechtlicher Schritte konnte Shell nicht verhindern, im Untertitel genannt zu werden. Doch wovor hat der multinationale Konzern Angst? Die Welt, die bei der Verhängung der Todesstrafe über neun Ogoni-Aktivistinnen aufblickte, schaut ohnehin wieder weg.

VON JULIA HOŠEK

Ken Saro-Wiwa und acht weitere Aktivistinnen sind tot – gehängt nach dem Urteil eines Sondertribunals. Wer glaubt, es wäre Ruhe im brodelnden Nigeria eingekehrt, der irrt. Schon vorher gingen Militärs gegen die Bevölkerung vor. Demonstrationen Oppositioneller wurden mit Panzern beantwortet, Militärs schossen auf gegen Umweltzerstörung protestierende Menschen,

„Blutbäder auf westafrikanischen Straßen sind schon so alltäglich, daß sie einfach ignoriert werden – wie der Bettler, der seine verkrüppelten Glieder zu demonstrativ ausstellt, als daß man sie noch wahrnehmen würde.“ (Wole Soyinka, Die Straße)

Wahlen wurden annulliert. Im Februar begann ein weiterer Prozeß gegen Angehörige des Ogoni-Volkes vor einem Sondergericht, das bei Bürgerun-

ruhen eingerichtet wird und keine Berufung erlaubt. Oppositionelle, wie ein Anwalt, JournalistInnen oder auch der Generalsekretär der Erdölarbeitergewerkschaft sind in Haft, freilich ohne Gerichtsverfahren.

Die Todesurteile, die November letzten Jahres ausgesprochen und vollstreckt wurden, ließen zwar aufhorchen, doch Maßnahmen setzte niemand. Die Europäische Union will nicht auf schwarzes Gold aus Nigeria verzichten. Denn so billig wie in Nigeria, wo man sich um Umweltverträglichkeit und gerechte Löhne nicht kümmern muß, kann man Öl nirgendwo anders fördern. Ein Waffenembargo wurde zwar verhängt, doch dürfen alle bereits geschlossenen Verträge erfüllt werden.

Der multinationale Shell-Konzern, der gemeinsam mit der Nigerian National Petroleum Cooperation (deren Anteil zwischen 53 und 58 % liegt), Agip, dem französischen ELF-Konzern und Chevron die Rohölförderungen in Nigeria bestreitet, hat nach dem Tod Saro-Wiwas eine weltweite Inseratenkampagne gestartet, in der der Konzern die Notwendigkeit seiner Präsenz im Niger-Delta erläutert. Diese wird nicht mit dem westlichen Erdölbedarf begründet, sondern zynischerweise mit einer geradezu entwicklungspolitisch anklingenden Erklärung, nicht durch den Abzug des Konzerns den Staat Nigeria bzw. die dort lebenden Menschen verarmen zu lassen.

Shell gibt an, sich nicht in innere Regierungsangelegenheiten mischen zu wollen. Eine Farce, bedenkt man, daß VertreterInnen von Shell immer wieder an Konferenzen und Besprechungen teilnehmen oder daß der Konzern für das Verlegen von Leitungen von der Regierung militärischen Schutz anfordert. „Gefahr der Störungen unserer Operationen (...)

Wir ersuchen Sie, uns dringend Sicherheitsschutz (bevorzugt Mobile Police Force) auf unserem Gelände zur Verfügung zu stellen.“ (Shell Petroleum Development Company of Nigeria Ltd. an das Hauptquartier der Polizei in Port Harcourt am 29. Oktober 1990). Greenpeace dokumentierte nach diesem „Sicherheitsschutz“-Einsatz 80 Tote und zählte 495 zerstörte Hütten.

„Wenn Gott sagte, das Öl gehört ihnen, warum hat er es dann in unser Land gelegt?“ (Cyprian Ekwensi, Divided We Stand)

Tatsächlich machen die Erdölexporte mittlerweile 90 % aller Exporte Nigerias aus. Seit im Süden Erdöl entdeckt wurde, wird der Ackerbau vernachlässigt. Was zuvor für den Ackerbau genutzt wurde, ist heute Erdölförderungsgebiet. Die intensive Bodennutzung führt zur Abnahme der Bodenfruchtbarkeit.

Im Süden sind die Menschen arm, obwohl sie auf fruchtbarem Boden und auf Bodenschätzen leben. Der Staat Nigeria wurde in immer mehr Bundesländer geteilt, während der Anteil, der vom Erlös der Erdölproduktionen in die Ursprungsgebiete im südöstlichen Rivers-State zurückfloß, immer mehr reduziert wurde. „In Abuja, der neuen Hauptstadt Nigerias wurden mit Öleinnahmen Felsen gesprengt, Berge durchbrochen und Straßen gebaut, die kaum benutzt wurden“, klagt Saro-Wiwa. Ungefähr 20 % der Gesamteinnahmen fließen nach Nigeria zurück. Den Ursprungsregionen kommt nichts davon zugute. Das Verteilungsschema der Einnahmen erfolgt nach Kriterien der flächenmäßigen Ausdehnung oder dem Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen, nicht etwa nach deren Bevölkerungsdichte.

Die „Shell Petroleum Development Company“ (SPDC) rühmt sich in einer ihrer Darlegungen zum Engagement in Nigeria damit, daß sie „einen erheblichen Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung dieses großen, komplexen afrikanischen Landes“ geleistet hätte: „Obwohl die Gemeindeentwicklung eine staatliche Aufgabe ist, führte die SPDC seit mehr als 25 Jahren offizielle Gemeindehilfsprogramme durch. Sie umfassen Straßenbau, Trinkwasserversorgung, Unterstützung landwirtschaftlicher Entwicklung und Ausbildungsstipendien.“ Straßen werden wohl gebaut. Schließlich besteht Interesse daran, zu den Raffinerien und Ölfeldern zu gelangen.

Was Shell von landwirtschaftlicher Entwicklung hält, beweist die Tatsache, daß Pipelines nicht selten mitten durch bebautes Land gelegt werden. Proteste der jüngeren Bevölkerung, die nicht mehr hinter den Abmachungen, die zwischen Ogoni-Ältesten, der Regierung und Shell getroffen wurden, steht, begegnete Shell, um zu beruhigen, mit Bildungsprogrammen.

Und dann noch Öl ins Feuer gießen ...

Als Nebenprodukt bei der Erdölförderung treten Erdgase aus, die in Südnigeria einfach verbrannt werden. Nebenprodukte dabei sind wiederum giftige Gase. Pipelines – allein von Shell in der Länge von 6200 km – und Förderanlagen korrodieren, werden undicht. Über 200 Unfälle jährlich werden registriert, die Dunkelziffer ist sicher höher. Wenn aus lecken Leitungen Öl austritt werden oftmals regionale Chiefs beauftragt, den Schaden beheben zu lassen. Unerfahrene, nicht dazu ausgebildete, un(ter)bezahlte NigerianerInnen aus der Minderheitsregion sollen dann das Erdöl im Boden verscharren. Nicht selten kommt es zu Zwischenfällen wie einem Flächenbrand oder einem brennenden Ölteppich am Meer, ausgelöst durch eine glimmende Zigarette oder eine Petroleumlampe einer Fischerin.

Luft und Regen sind verpestet, Spitäler liegen brach. Die Lebenserwartung ist gering. Der durch Über-

anbau ohnehin schon strapazierte Boden wird für die Landwirtschaft gänzlich unbrauchbar. Von Agrarexporten ganz zu schweigen, ist sogar Subsistenz nicht mehr gewährleistet. Auch die Existenz der Fischer an der Küste und den unzähligen Flüssen des Deltas ist massiv bedroht.

Das 1990 gegründete „Movement for the Survival of Ogoni People“ (MOSOP) bemüht sich, wie sein Name schon sagt, um das eigene Überleben. Immer wieder beschäftigte Saro-

Wiwa sich mit der Frage, wie man der brutalen Gewalt der Umweltzerstörung und des Entzugs der Lebensgrundlagen gewaltfrei begegnen könne. Der große Protestmarsch der Ogoni im Jänner 1993 hatte „Festcharakter“ – Gruppen tanzten und trommelten, um Gewaltausbrüche von Jugendlichen zu vermeiden.

Saro-Wiwa wirkte als Sprecher der MOSOP: „Im übrigen war es notwendig, so viele Anhänger der Elite wie möglich in die Organisation einzubinden. Wenn sie keine erkenn-

a k t u e l l



KEN SARO-WIWA

Flammen der Hölle

*Nigeria und Shell:
Der schmutzige Krieg
gegen die Ogoni*

AKTUELL
ro
ro
ro

bare Rolle darin spielten, würden sie sich, wie ich sie kannte, nur zu gern aus der Bewegung zurückziehen.“ Als integrative Persönlichkeit gelang es ihm anfangs mit regierungstreuen Chiefs und Eliteangehörigen ebenso zu verhandeln wie mit dem konfliktbereiteren Komitee der Ogoni-Jugend. Dennoch konnte die Regierung die Ogoni untereinander spalten. In Regierungszeitungen wurden ganzseitige Anzeigen veröffentlicht, unterzeichnet von Ogoni-Chiefs, die ihre Ablehnung der MOSOP deutlich machten und sich „hinter jede Maßnahme der Regierung, Leben und Eigentum unschuldiger Bürger zu schützen“, stellten.

Im Juni 1993 boykottierten die Ogoni die Präsidentschaftswahl: „Da die Wahl (...) einen Präsidenten hervorbringen wird, der sich durch Eid verpflichtet wird, die krankende, undemokratische Verfassung von 1989 zu schützen, haben die Ogoni beschlossen, daß die Stimmabgabe bei dieser Wahl bedeuten würde, für Sklaverei, Völkermord und Ausrottung zu stimmen“, erläuterte Saro-Wiwa in einer Rede.

Neben Schilderungen persönlicher Schwierigkeiten beschreibt Saro-Wiwa seine Begegnungen mit RegierungsvertreterInnen, Polizei und State Security Service, von der verhinderten Teilnahme an der UN-Menschenrechtskonferenz in Wien – sein Paß wurde kurz vor der Abreise konfisziert – und zahlreichen Inhaftierungen. Aber er kämpfte auch gegen die übermäßige Zuwendung der Menschen zur Religion, in der er die Gefahr der Lähmung und Ohnmacht sah.

„Wir haben so viel zu diesem Land beigetragen, wir können es uns nicht leisten, uns etwas darin entgegen zu lassen.“

In der „Ogoni Bill Of Rights“ – einem von Ogonivertretern 1990 verfaßten Forderungskatalog – werden Mißstände, wie die nicht vorhandene Vertretung der Ogoni auf Regierungsebene oder die nicht vorhandenen Wasser- und Elektrizitätsleitungen angeführt und Forderungen wie „das Bestimmungs- und Ver-

wendungsrecht über einen gerechten Anteil an den wirtschaftlichen Ressourcen der Ogoni für die Entwicklung der Ogoni“ deutlich. Vier Milliarden US-Dollar für die Zerstörung der Umwelt und sechs Milliarden Dollar als feld- bzw. bergrechtliche Förderabgaben sollten gerichtlich eingefordert werden – Beträge, die in Relation zum tatsächlichen Ausmaß der Zerstörung gering erscheinen.

Von Seiten der Regierung wie auch von Shell wurden lecke Leitungen immer vermeintlichen Sabotage-Akten der Ogoni zugeschrieben. Die Spitze wurde 1994 erreicht: Am 21. Mai wurden vier Ogoni-Älteste, Kollaborateure der Regierung, bei einer Protestversammlung ermordet.

Sogar der Richter des Sondertribunals mußte einräumen, daß nicht Saro-Wiwa die Morde ausgeführt hatte, da dieser zum Zeitpunkt der Protestversammlung Kilometer entfernt war. Er hätte aber die Protestlawine ausgelöst, in deren Folge es zu gewalttätigen Übergriffen kam. Mittlerweile dürfte ein Geheimpapier aufgetaucht sein, das belegt, daß die Morde von Major Paul Okuntimo geplant wurden. Dieser Major sollte mit seiner Sondereinheit „Mobile Task Force“, bei deren Einsatz mehrere hundert Menschen getötet wurden, Shell wieder nach Nigeria holen, als sich der multinationale Konzern 1993 aus Angst vor den größer und bekannter werdenden Protesten kurzfristig aus Rivers zurückzog.

Obwohl man immer wieder secessionistische Gedanken in Saro-Wiwas Kopf zu entdecken meinte, sogar ein eigenes Gesetz einführt, in dem die Todesstrafe für SezessionistInnen vorgesehen wurde, betonte Saro-Wiwa im Gegensatz dazu immer den Wunsch, autonomer Teil Nigerias zu bleiben. Der Scheinföderalismus müsse durch einen neuen, echten abgelöst werden. Jede ethnische Gruppe sollte das Recht haben, „sich unter Einsatz der ihr eigenen schöpferischen Kraft und ihres eigenen politischen Systems mit der ihr eigenen Geschwindigkeit zu entwickeln“.

Saro-Wiwa entgegnete fortschrittlicheren westlichen Wissenschaftskreisen, die feststellten, daß keine signifikanten Unterschiede zwischen

verschiedenen Ethnien bestünden und diese nur koloniale Konstruktionen seien, „Afrikas Volksstämme und ethnische Gruppen sind alles andere als ‚repressive koloniale Erfindungen‘, sie sind uralte, dauerhafte gesellschaftliche Organisationen mit eigenen Sitten und Visionen, die kein Kolonialismus im Laufe der Jahrhunderte zu zerstören vermocht hat.“

Keinem Volk sollten kulturelle und politische Eigenheiten abgesprochen werden, doch wieder modern werdende eindimensionale ethnische Betrachtungen von Krisen und Konflikten müssen hinterfragt werden. Saro-Wiwa: „Europa hatte seine ethnischen Probleme bereits wesentlich früher gelöst und kümmerte sich nun um die Beaufsichtigung anderer Völker, um sicherzustellen, daß rundherum genügend Stabilität herrschte, um die wirtschaftliche Ausbeutung für einen größeren europäischen Wohlstand rasch vorantreiben zu können“. Ethnische Kategorien werden oft mißbraucht, um diese „Beaufsichtigung“ zu erleichtern und Ausbeutung zu rechtfertigen. Bei der Mobilisierung mehrerer Menschen ist eine Überdefinition, die auf ethnischer Zusammengehörigkeit basiert, sicher hilfreich (wenn das auch für negative Bewegungen gelten mag), andererseits sollte diese nicht als Abgrenzung gegen andere ethnische Minderheiten, die ebenso betroffen sind, verwendet werden. Diese Gratwanderung beschritt Saro-Wiwa, indem er allen nigerianischen Völkern das Potential zugestand, autonom zu leben. Und sein Kampf für die Autonomie der Ogoni sollte als Beispiel für andere ethnische Minderheiten dienen.

Um die europäischen Seelen nicht im Glauben zu lassen, daß nur eine ethnische Minderheit sich gegen die nigerianische Regierung und Shell stellte, sei abschließend erwähnt, daß auch Erdölarbeiter streikten, die keine Ogoni sind, daß Frauen sich den Pipelineverlegern entgegenstellten, weil das Land gefährdet ist, das sie bebauen, nicht nur weil sie Ogoni sind, und daß auch Jugendliche einer benachbarten ethnischen Gruppe protestierten. ■

Ken Saro-Wiwa:
Flammen der Hölle – Nigeria und Shell:
Der schmutzige Krieg gegen die Ogoni,
rororo aktuell, 256 Seiten, öS 140,-.

mail art

Jedeeder eine KünstlerIn ,
jedeeder ein Kunststück.

VON FRITZ WIDHALM

Dieser Idee liegt die Utopie der Überwindung der Trennung zwischen KünstlerIn und sogenanntem Publikum, zwischen Kunst und sogenanntem Leben zugrunde. In der mail art wird nicht nur diesem Anspruch Rechnung getragen,

sondern auch der Idee, daß KünstlerInnen ein Netz aufbauen, das von Solidarität, Neugier und Kommunikation getragen ist. Der konservativen und althergebrachten Vorstellung „Kunst kommt von Können“ wird geantwortet: „DilettantInnen aller Länder vereinigt Euch!“ mail art bildet eine nicht-kommerzielle Nische im marktorientierten Kunstbetrieb. Die Abwesenheit des Marktes in dieser Nische bedeutet nicht nur, daß hier lebendiger Austausch stattfinden kann, sondern auch, daß für die einzelnen KünstlerInnen kein Geld zu verdienen ist. Nicht umsonst arbeiten viele mail art-KünstlerInnen gleichzeitig in anderen Be-

reichen des sogenannten Kunstbetriebs, wo es zumindest möglich ist, nicht ganz umsonst zu arbeiten.

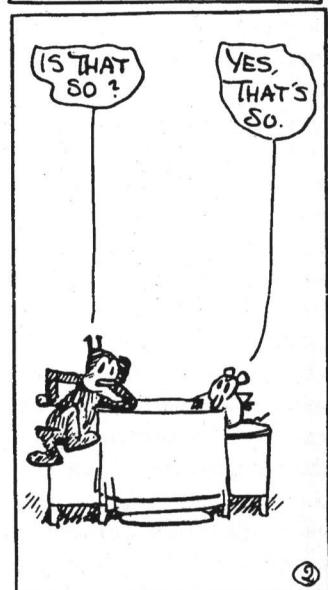
mail art besteht im wesentlichen darin, daß Menschen einander ihre Kunst- und sonstigen Werke zuschicken. Schließlich ist (auch ohne das vielfach beworbene Internet) fast jeder Ort durch die Post erreichbar. Und so passiert dann: Eine Person stellt sich ein Thema: z. B. „You & me, collaborations in mail art“, ein Projekt von L. Klassen/Art Gallery of Southwestern Manitoba, Canada. Dieses Thema wird in Rundbriefen und/oder durch persönliche Einladungen bekannt gemacht. TeilnehmerInnen – also alle, die sich mit diesem Thema beschäftigen (wollen) – schicken das Ergebnis ihrer künstlerischen Auseinandersetzung nach Canada. Im Fall dieses Projekts geht es um Zusammenarbeit zwischen mehreren mail artistInnen („submit work that has involved two or more artists“). Alle eingesendeten Arbeiten wurden im März 1996 in Canada ausgestellt. Es gibt Einladungen zu Ausstellungen, Text- und Bildmappen, Kartons, Schachteln mit Objekten, Audio und Videokassetten usw. Die einzige Beschränkung in der Wahl der künstlerischen Mittel ergibt sich dabei durch die Notwendigkeit des Transportes durch die Post. Die Beiträge werden gesammelt, kopiert, dokumentiert, gebunden und dann (sofern nicht am Postweg oder sonstwie verloren) wieder allen TeilnehmerInnen zugesandt. Also: gesetzt den Fall, ich schicke etwas zum Thema „ZAUM“ (Lautdichtung, entwickelt von A. Krücenych 1912/1913 in Rußland), kann ich damit rechnen, die künstlerischen Stellungnahmen von mindestens 20 bis ∞ mail-artistInnen aus aller Welt zu erhalten. Gleichzeitig weiß ich, daß mein Beitrag ebenfalls rezipiert wird, und kann mich über bargeldlosen Kunstverkehr mit aller Welt freuen.



Interessant sind auch verschiedene Projekte der Zusammenarbeit zwischen KünstlerInnen oft über Tausende von Kilometern hinweg: So haben wir („Das fröhliche Wohnzimmer“) einmal auf Einladung eines Musikers eine Kassette mit Songmaterial in die USA geschickt, wo es von einer Gruppe namens „Senile Bisons“ vervollständigt wurde. Das Produkt „Senile Bisons crying for Das Fröhliche Wohnzimmer“ wird über das amerikanische Zidslick-Label vertrieben. Auch Collagen werden begonnen und zur Weiterarbeit verschickt. Die einzelnen Entstehungsschritte einer solchen Collage werden kopiert, sodaß alle Beteiligten über den Fortgang des gemeinsamen Werks informiert werden – was eigentlich längerfristig unmöglich ist, zieht man die zahlreichen Verzweigungen, Nebengleise und Abstellgleise in Betracht. Man kann übrigens – quasi nebenbei – lernen, daß das Werk nicht alleiniger Ausdruck der Kunst ist, was das fallweise Verlorengehen von Werken der übergroßen Bedeutung beraubt.

Zusammenarbeit von KünstlerInnen, Aufbau von Kontakten und Betonung der kommunikativen Seite der Kunst: das sind die Ideen, die für das Netzwerk mail art ausschlaggebend waren und sind, für ein Netzwerk, von dem Theo Breuer, mail artist aus Deutschland, schreibt, daß es „Katalysator ist für Abbau von Grenzen, Klischees und Vorurteilen, im kleinen zwar, aber immerhin ...“ ■

In der nächsten Nummer: mail art Uruguay



So wie es ist, ist es nicht

„Muß von zwei einander völlig widersprechenden Aussagen unbedingt die eine wahr und die andere falsch sein?“ (Verschleierungstechniken, in: **Wichtig – Kunst von Frauen**, Wien 1989) Ein Gesprächsportrait von Liesl Ujvary, Künstlerin in Wien.

ZOOM: In der Publikation „Wichtig – Kunst von Frauen“, die 1989 erschienen ist, versuchst Du, Alternativen zur zweidimensionalen Logik herzustellen.

Ujvary: Ja, ich wollte zeigen, daß diese zweiwertige Logik, also ja—nein, gut—böse, oben—unten, aber eben auch Mann—Frau, also, daß diese zweiwertige Logik, die ja schon auf Aristoteles zurückgeht, ein Beschreibungsmodell ist, das schwerwiegende Folgen für unsere ganze moralische

Foto: Maria Ziegelböck



Einschätzung, für unser ganzes Weltbild hat. Es sagt heute natürlich kaum mehr jemand, daß Frauen dümmer sind als Männer, glücklicherweise, aber in dem Gegensatzpaar Mann—Frau passieren trotzdem immer wieder seltsame Zuordnungen. Das Wertesystem, das sich um die zweiwertige Logik angesiedelt hat, erweist sich als relativ stabil. Diese Konnotationen gliedern sämtliche gesellschaftlichen Hierarchien und Institutionen bis hin zum Wetterbericht. Schönwetter ist Hoch, Schlechtwetter ist Tief. Natürlich sind alle diese Zuschreibungen sehr komplex, aber wir wissen, ich meine: Wir können alle vermutlich auf Anhieb sagen, welche dieser Zuschreibungen zum Beispiel für Frauen gelten. Natürlich kann man aus diesen oft negativ besetzten Feldern bei Bedarf auch leicht Rollenzuschreibungen für andere Gruppen herstellen. Also wenn Du mich nach Chancen fragst, die sich durch Einbeziehen anderer Denkmodelle ergeben können, würde ich sagen, es sollten sich neue Chancen ergeben. Vielleicht ist die Art von Literatur, wie wir sie machen, also zum Beispiel eine Infragestellung der zwingenden Kausalverhältnisse, ein kleiner Schritt in diese Richtung.

Gibt es bei Dir einen Zusammenhang zwischen politischer Realität und Deiner künstlerischen Arbeit?

Hier gibt es natürlich einen Zusammenhang. Wir erleben ja die politische Realität auf verschiedene Weise: Einerseits indem sie uns direkt betrifft, als reale Zwänge, unter denen wir leiden, andererseits, die zweite Ebene, wie wir sie im Fernsehen vermittelt bekommen, wie zum Beispiel ein Politiker im Fernsehen redet, sich inszeniert. Oder die „Kronen Zeitung“ mit ihrem sprachlichen Umfeld. In der Literatur ist natürlich die hauptsächlich Vermittlungsebene die Sprache.

In meinen literarischen Arbeiten geht es nicht darum, die Menschen zu be-

schreiben, quasi sie aus ein paar Eigenschaften nach dem Legosteinprinzip zu konstruieren und zu erklären, sondern es geht darum, gerade die Stimmungen, Uneindeutigkeiten darzustellen. Ich hab das in meinem kürzlich erschienenen Roman „Lustige Paranoia“ versucht. Es ist eine Art des Problematisierens unseres Leben, über die Dinge, die uns nicht gefallen, und das, woran wir trotzdem Spaß haben. Wir können natürlich sagen, alles läuft relativ beschissen, Sparpaket zum Beispiel, aber dann scheint wieder die Sonne, und wir versuchen das zu machen, was uns Spaß macht.

Würdest Du sagen, daß es in Deiner Kunst ein subversives Potential gibt?

Es geht darum, das Denken, auch das eigene, zu verändern. Die Sprache, also der sprachliche Ort, an dem Literatur stattfindet, ist eine ganz eigene Sphäre. Sprache ist nicht nur ein Instrument zur Realitätsspiegelung, sondern sie ist auch ein Instrument des Denkens. Ein sprachlicher Tatbestand kann nicht mit Realität gleichgesetzt werden. Umgekehrt läßt sich die Wirklichkeit sprachlich nicht als eindimensionale Kausalität darstellen.

Es ist sicher ein Problem der sogenannten realistischen Literatur, daß sie ein sehr mechanisches Bild der Wirklichkeit darstellt. Die Personen haben dann einen Namen, ein Alter, einen Beruf und eine Freundin. Und diese Freundin hat wieder einen Namen, ein Alter, einen Beruf und so weiter. Das wird dann nach dem Bausteinprinzip aufgebaut. In meinen Texten entwickelt sich in diesem Sinne nichts, denn ich frage mich, wo sich bei den Menschen so viel entwickelt, zum Beispiel zwischen Frühjahr und Herbst, wenn man irgendwie so dahinstolpert und dahinholt durchs Leben, und das tun wir ja alle. Ich meine: Heute gehst du schwimmen, morgen zum Rechtsanwalt, am Abend bist du müd' und kannst dann

nicht schlafen in der Nacht. Mir geht es eher darum, Denkmuster darzustellen. Zum Beispiel in den „Heissen Stories“ geht es um hochemotionalisierte Blicke auf die Wirklichkeit, die gesellschaftliche Wirklichkeit und unsere persönliche Wirklichkeit, wie sie sich realisieren kann.

Die letzten Veranstaltungen, die Du organisiert hast, waren Diskussionen zu den Themen „Rechtsradikale Mythen“, „Die Seele des Fußballs“ und „Post-Punk-Musik“.

Ich habe vier Personen aus verschiedenen Gebieten eingeladen, zum Beispiel Stefan Krist als Ethnologen, Sabine Scholl als Autorin und Gerhard Grössing als Physiker, die sich, jede und jeder auf seine oder ihre Art und Weise, mit diesen Themen auseinandersetzen.

Das Thema „Rechtsradikale Mythen“ sollte sich mit der Frage befassen, was die Menschen an solchen Mythen fasziniert und wie das in der Kultur, man muß schon sagen, überhandgenommen hat. Es ging nicht nur darum festzustellen, daß das schlecht ist, sondern auch um die Frage, woher diese Faszination kommt. Das Thema hatte besondere Aktualität durch den Aufsatz „Anschwellender Bocksgesang“* von Botho Strauß.

Das Thema „Die Seele des Fußballs“ sollte sich mit dem Sport als Psychodrama befassen, was mir beim Fußball besonders deutlich erscheint, weil es ein Mannschaftssport ist. Im Unterschied zum Schifahren, wo es zwar auch emotionalisierte psychodramatische Effekte gibt, aber sie kommen nicht so deutlich zur Darstellung: Man sieht einen oder eine nach der anderen runterfahren und vergleicht Zwischenzeit und Resultat. Musik fasziniert mich sehr, ich höre sehr viel Musik, mache auch selber Musik am Computer, die gibts dann zum Beispiel in verschiedenen Kunstradiosendungen zu hören. Das ist mir ganz wichtig. Es macht auch unge-

heuer viel Spaß.

Woran arbeitest Du gerade?

Mein nächstes Buch wird in der „Edition ch“ erscheinen. Es heißt „NeuroZone“. Das Grundthema ist die Frage nach Identität und Kontinuität. Es gibt da so ein Gartengestaltungsprogramm, wo sich die Leute ihre Gärten am Computer gestalten

Was die Welt zusammenhält

Harte Zeiten – Weiche Knie

Volle Brüste – Leere Taschen

Heisse Nächte – Kalter Kaffee

Saure Trauben – Süßes Leben

Enge Hosen – Weite Herzen

Teure Heimat – Billige Angebote

Reiche Ernte – Arme Schlucker

Große Chancen – Kleine Fische

Dünne Suppe – Dicke Luft

Leichte Mädchen – Schwere Geschütze

Helle Köpfe – Dunkle Geschäfte

Lange Finger – Kurzer Prozeß

Alte Lieder – Neue Gesichter

Scharfe Sachen – Milder Wein

aus: Sicher & Gut, Wien 1977

können, man kann Bäume aussuchen, den Boden wellig oder eben machen, bestimmte vorgefertigte Teile zu Häusern zusammenfügen. Ein sehr lustiges Programm. Ich habe nun solche Bilder von Gärten und Häuschen gestaltet und diesen Bildern Texte mit der Frage nach Identität zugeordnet.

Wie jemand seine Wohnung gestaltet oder sich kleidet, ist Ausdruck von sogenannter Identität. Zum Beispiel habe ich da ein kleineres Häuschen hingestellt, das definiere ich als Elternhaus. Und das steht wieder für eine ganz bestimmte Art von Lebensform und Konstruktion der Identität. Dann gibt es natürlich die Frage nach der Notwendigkeit von Identität, naja, und eine Antwort auf diese Frage gab vor kurzem eine Partnersuchsendung, wo sich junge Menschen auf der Suche

nach Freund oder Freundin vorstellen und dazu ihre wesentlichen Merkmale beschreiben. Ein junges Mädchen sagte da: „Ich lese viel, so verschiedene Sachen, ich habe eine Katze, und mein Freund soll lustig sein und pünktlich.“ Also solche Selbstbeschreibungen und Erwartungen werfen auch ein bestimmtes Licht auf den Begriff Identität.

Bei meinem neuen Buch gehen die gestalteten Gärten von pubertärem Größenwahn bis zur Altersdepression, also in die Richtung, in die wir uns ja alle bewegen, mehr oder weniger.

Du hast viel mit Frauen zusammengearbeitet und Dich in feministischen Zusammenhängen engagiert. Gibt es da eine Enttäuschung, daß zuwenig erreicht wurde?

Im Augenblick gibt es ein Rollback, allgemein und überall. Aber ich denke, die Frauen, also wir alle, sollten uns davon nicht entmutigen lassen. Es sind jetzt viele Sachen Allgemeinut geworden, die es vor zwanzig Jahren noch nicht waren, und den meisten Frauen ist bewußt, daß sie benachteiligt sind und daß es notwendig ist,

sich für manche Sachen einzusetzen. Es ist auch so, daß diese Bewegung sicher wieder stärker werden wird, auch wenn es vielleicht ein Weilchen dauert. Das ist vielleicht nicht total ermutigend, aber immerhin.

Das Gespräch führte Ilse Kilic ■

Folgende Publikationen von Liesl Ujvary sind in den letzten Jahren erschienen:
Tiere im Text, Edition Falter/Deuticke, Wien 1991
Heisse Stories, Das Fröhliche Wohnzimmer Edition, Wien 1993
Hoffnungsvolle Ungeheuer, Edition Falter/Deuticke, Wien 1993
Lustige Paranoia, Ritter, Klagenfurt 1995
CD: Sex & Tod & Klangeffekte, Kunstradio bei Extraplatte, Wien 1995
Demnächst: NeuroZone, edition ch, Wien 1996

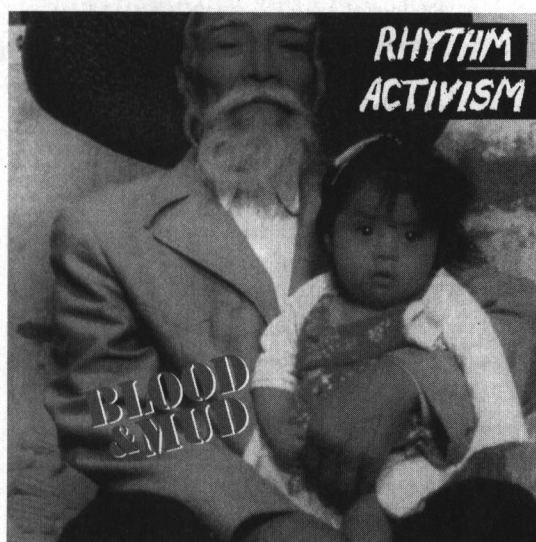
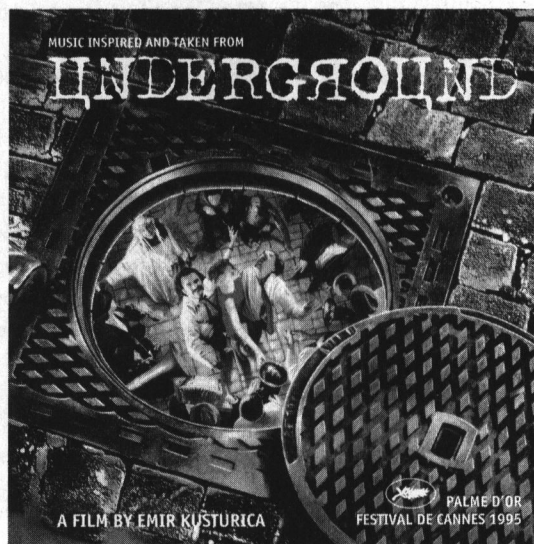
* Im „Anschwellenden Bocksgesang“ („Spiegel“, 8.2.93) philosophiert der Autor Botho Strauß über die Wichtigkeit, „rechts zu sein, nicht aus billiger Überzeugung, aus gemeinen Absichten, sondern von ganzem Wesen ...“.

GORAN BREGOVIC

Underground (O.S.T.)
Mercury Polygram

Spritzige Blätersalven („Kalasnjikov“) vermitteln eingangs kriegerische Eindrücke. Selbst wenn die Zigeunerblasorchester von Slobodan Salijevic und Boban Makovic einen Hochzeits-Ćoček (Tanz) intonieren, schmettern die Hörner forsch im zackigen Marschschritt. Was für männlichen Macht- und Mordrausch stehen mag, ist aber genauso Ausdruck von Fröhlichkeit. Ohne Melodramatik läßt sich der Schrecken mit vorläufigem Ende indes nicht gestalten, denn wer Greuel nicht aufarbeiten kann, ohne zu verzeihen, ist weiterhin zu Haß und Mord fähig. Komponist Goran Bregovic hat hierzu elegische Sounds komponiert, in die sich auf „War“ die Stimmen der bulgarischen Sängerinnen des Ensembles „Filip Kutev“ andächtig einfügen.

Alfred Pranzl



RHYTHM ACTIVISM

Blood & Mud; Konkurrel/Efa

Wer es schafft, schleichenden Spannungsaufbau à la Ennio Morricone-Westernsoundtracks mit Mariachi-Gebläse kurzzuschließen, bekommt den ersten Preis in wirkungsvoller politischer Agitation. „Tierra Y Libertad“ gilt angesichts wildgewordener, ungezügelter Märkte, die reiches Privateigentum mehr denn je mehren, nach wie vor als gerechter Schlachtruf. „The Magon Brothers“ geht zurück auf die einflußreichen Anarchisten-Brüder Magon, die oppositionelle, Diktatoren bekämpfende Zeitungen herausgaben und die Liberale Partei Mexikos gründeten.

„The fee that capitalism imposes on Chiapas oozes, as it has from the beginning, blood & mud“, sagte der unsereinem näher stehende Subcommandante Marcos. Dies denken auch Rhythm Activism, drei solidarische Kanadier aus Montreal, die ihrem freimütig Amoral einbekennden Nationalbankpräsidenten den „Nafta Love Song“ in den Arsch schieben. Rhythm Activism heißt Artrock (Violine, Cello sind stilprägend) mit mexikanischen und improvisierten Sounds zu pfeffern und das rauschende Revolutionsfest mittels Akkordeon und sägender Säge (!) verkaternd ausklingen zu lassen. Viva Zapata!

Alfred Pranzl

LIVE AM 22.04.96, 20⁰⁰, TU-CLUB, PANIGLG. 1, 1040 WIEN

WUK

WUK 9., Währingerstr. 59,
Tel. 401 21-0

WIEN SOUNDS FAIR

Mi 17. 4. 20 Uhr

Die Fabulösen Thekenschlappen

Do 18. 4. 20 Uhr

Wall of sound

Fr 19. 4. 22 Uhr

Earthling (GB), Alex Reece (GB), Planet E feat. DJ H.nes (A)

Sa 20. 4. 22 Uhr

Goldie (GB), MetalheadZ (GB)

Mi 24. 4. 16.30 Uhr

Sturzflug für Arbeitslose

Podiumsdiskussion über Auswirkungen und Hintergründe der radikalen Kürzungen im Sozialbereich

Fr 10. 5. 20 Uhr

Extended Versions (A), Jimmy Tenor (SUO)

Di 14. 5. 20 Uhr

Neurosis (GB), Unsane (USA)

Fr 17. 5. 21 Uhr

Cheap & Clear European Cocktail Tour
feat. Gregory Fleckner Quintet (GB), Dr. Rockit (GB),
Sluts'n'Strings (A)

Mi 22. 5. 20 Uhr

Ruediger (A), Wayne Sorrow (A)

bez. Anz.

■ BIOLOGISMUS – RASSISMUS ■ – NATIONALISMUS

RECHTE IDEOLOGIE IM VORMARSCH
Gero Fischer / Maria Wölflingseder (Hg.).
Promedia Verlag: Wien, 264 S., ÖS 215.–

Die Jahrtausendwende in Europa ist geprägt von einer geopolitischen Neuordnung und einem neuen Verständnis der Nation. Verstärkte Prozesse der Eingliederung von Nationen in einen supranationalen Staatenbund lassen Regionen („Europa der Regionen“) in einem neuen Licht wirken. Die Region in ihrer „Überschaubarkeit“ steht mehr und mehr im Spannungsfeld zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung. Liegt in der strukturellen Veränderung, dh. in der feststellbaren Aufwertung regionaler Einheiten und der damit in Zusammenhang stehenden Abwertung von Nationalstaaten die reelle Chance zur Überwindung von Grenzen als Barrieren, für kulturelle Vielfalt, für Friedenssicherung und für den Abbau von Nationalismen, wie in der „Europa-Idee“ impliziert? Birgt eine Entwicklung in diese Richtung aber nicht ebenso die Gefahr neuer Regionalismen? Wie verstehen sich sogenannte „Naturgesetze“ im Kontext der Erklärungen von Abgrenzung, kultureller Identität und rassistischer Argumentation? Was passiert, wenn Biologismen, Rassismen und Nationalismen

als beobachtbare Phänomene zusammenwirken?

In drei Teilen (Natur versus Mensch, Mensch – Barbarei – Tier, nationale Frage) versuchen die AutorInnen, sich mit Themenstellungen wie Biologismus als neue „Leitwissenschaft“, Überbevölkerungstheorien auf rassistischer Grundlage und einer umfassenden Auseinandersetzung mit der Bedeutung von Nationen in den aktuellen Diskurs einzubringen.

Im einzelnen behandelt werden ua. Fragestellungen wie: biologischer Determinismus, biologistische Welt- und Menschenbilder, Gentechnik und Soziobiologie, Rassentheorien und deren „wissenschaftliche Fundierung“, Rassismus in Verbindung mit Sexismus, der Einsatz des Intelligenzquotienten zur rassistischen Argumentation, Liberalismus, Regionalkultur, „Austronationalismus“ sowie linker Patriotismus.

Die politische Artikulation der letzten Jahre hat eines deutlich gemacht: In der Europäischen Union kann von der Überwindung von Nationalismen auch im Sinne rassistischer und biologistischer Momente nicht die Rede sein. Im Gegenteil. Wir erleben gerade jetzt eine Art Renaissance nationalistischer Ideen, regionalistischer Bestrebungen und rassistischer Argumentation. Das im Auge zu be-

halten und als Gefahr wahrzunehmen ist Anliegen der AutorInnen dieses Buches.
Martin Heintzel

■ MYTHOS SICHERHEIT

Rolf Gössner (Hg.): **Mythos Sicherheit: Der hilflose Schrei nach dem starken Staat.**
Nomos Verl.-Ges., 1995, 512 S., ÖS 503,30

Die Polizei beschränkt sich längst nicht mehr darauf, die Täter eines begangenen Verbrechens zu suchen, wie dies in Fernsehkrimis vorgeführt wird, sondern hat sich zur Aufgabe gemacht, die Kriminalität – insbesondere die Organisierte – zu bekämpfen. Gesucht wird nicht mehr nach Verbrechern, sondern nach möglichen Verdächtigen, die vielleicht ein Verbrechen begehen könnten. Dazu werden von der Polizei neue Methoden gefordert, die größtenteils dem Repertoire der Geheimdienste entnommen werden. Neben Rasterfahndung und Lauschangriff, die zur Zeit in aller Munde sind, werden verdeckte Ermittler und Provokateure eingesetzt sowie von der Polizei selbst Drogenlieferungen inszeniert.

Sicherheit ist zum neuen Schlagwort geworden, mit dem auf der Basis einer Politik der Verunsicherung um WählerInnenstimmen geworben wird. Soziale Sicherheit wird mehr und mehr durch einen polizeilichen Begriff der Sicherheit ersetzt. Es ist wohl kaum übertrieben, die Gefährdung der rechtsstaatlichen Prinzipien und der Substanz der BürgerInnenrechte durch die neuen Methoden als größer zu bezeichnen als jene Gefahren, die bekämpft werden sollen.

Die Beiträge des Buches widmen sich neben der Darstellung der Polizeimethoden und der Verflechtung der Polizei mit den Geheimdiensten auch den Alternativen zur Politik der „Inneren Sicherheit“. Es werden bürgerrechtsfreundliche Alternativen zur herrschenden

Politik entwickelt, um die neuen Herausforderungen zu bewältigen. Dabei geht es um das Verhältnis von Sozial- und Kriminalpolitik, neue Präventionsmethoden und die demokratische Reform der Sicherheitsapparate und der Justiz.

Manfred Gmeiner

■ ENTLANG DER TRAGÖDIE BERICHTE UND ANALYSEN IRANISCHER FLÜCHTLINGE AN DIE DEUTSCHSPRACHIGE ÖFFENTLICHKEIT

Verein zur Unterstützung iranischer
Flüchtlinge (Eigenverlag), Wien 1995.
184 S., ÖS 170.–

Das Buch ist für jedeN an Menschenrechts- und Flüchtlingsfragen InteressierteN eine absolute Lesenotwendigkeit.

Schon der Titel „Entlang der Tragödie“ ist gut gewählt. Das Buch enthält neben zwei umfassenden Kapiteln über die Geschichte und die aktuelle Menschenrechtssituation im Iran erschütternde Berichte von Flüchtlingen, die in Österreich um Asyl angesucht haben. Diese Berichte gewähren einen tiefen Einblick in die Seelen der Flüchtlinge und machen tief betroffen. Den „sicheren Drittländern“, auf die sich Österreich so gerne beruft und in denen Flüchtlinge angeblich vor Verfolgung sicher sind, ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Es ist erschütternd zu lesen, unter welchen Verhältnissen Flüchtlinge gezwungen sind, in diesen Ländern dahinzuvegetieren – wenn sie nicht überhaupt in ihre Verfolgerländer abgeschoben werden. Doch Österreichs Verwaltung und sein dazugehöriger Gerichtshof sind sich einig: Sicher ist man dann, wenn man aussteigen und – zumindest theoretisch – einen Asylantrag stellen kann. Die Praxis findet sich in diesem Buch.

Erhältlich beim Verein zur Unterstützung iranischer Flüchtlinge, 1090 Wien, Währinger Str. 59, Tel.: 0222/408 75 30
Christoph Riedl

ZOOM FRÜHLINGSDESERTEURSFEST

30. April 1996
20 Uhr

Mautnerschlüssel,
Galvanig. 17, 1210 Wien
(erreichbar mit 32, 34 A oder S-Bahn)

Mit vojvodinischem Fischspezialitätenmenü
(Vor Anmeldung unter 53 51 106 erwünscht)

Musik und Tanz bis tief in die Nacht
(Tamburizza, ...)

■ BEI DEN GROßEN PROTZEN
■ BEI DEN KRITISCHEN SPAREN

257 Kleinmedien haben sich 1995 um die „Publizistikförderung“ beworben. Die Förderungswürdigkeit wird von einem aus Parteien- und InteressenvertreterInnen zusammengesetzten Beirat geprüft. Mit Ausnahme einiger weniger Publikationen, bei denen dem Beirat formale Fehler unterliefen, hat sich die Regierung bislang in jedem Fall an dessen Empfehlung gehalten. Eine Förderung ist neben formalen Kriterien an den Nachweis der Medien gebunden, daß diese „Fragen der Politik, Kultur oder Weltanschauung auf hohem Niveau abhandeln und dadurch der staatsbürgerlichen Bildung dienen“.

Der gesamte Förderungsbetrag von knapp acht Millionen Schilling ist vergleichsweise marginal, er liegt unter jenem Betrag, die manch einzelne Tages- oder Wochenzeitung aus der regu-

lären bzw. der „besonderen Presseförderung“ requiriert – „zum Erhalt der Medienvielfalt“ (so der Gesetzestext). Die einzelnen Kleinmedien erhalten zwischen 42.000,- und 211.000,- Schilling. Daß sich unter den drei höchstgeförderten Zeitschriften für 1995 auch eine Parteizeitung befindet, die sozialdemokratische „Zukunft“, dessen Chefredakteur gleichzeitig Beiratsmitglied ist, ist selbstverständlich reiner Zufall.

Nach dem Wirbel um die abgelehnte Publizistikförderung für das TATblatt im Jahr 1994 hat letztes Jahr bereits der Beirat fast die Hälfte aller Publikationen (120) ausgesiebt. Betroffen waren vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, kritische Zeitschriften wie die „akin“, der Bericht des Vereins „Bürger beobachten die Polizei“ oder der „Uhudla“. Bei ihnen, weiß „Uhudla“-Redakteur Walter Eckhart auf mögliche Gründe für die Ablehnung angesprochen zu berichten, es sei eines

Tages der Verfassungsdienst vor der Tür gestanden. Die Herren aus dem Bundeskanzleramt interessierten sich für den Autor eines Artikels, der nach den Morden von Oberwart entstanden und vom TATblatt nachgedruckt worden war. Wesentlich härter als der Verlust der Publizistikförderung trifft den „Uhudla“ aber laut Eckhart die im selben Klima erfolgte Vertragskündigung eines potenten Inserenten. Von solchen und ähnlichen Schwierigkeiten wissen viele alternative MedienmacherInnen zu berichten.

Markus Kemmerling

■ NATO TEILT UND WER HERRSCHT?

Die Arbeitsteilung der internationalen Organisationen in Bosnien-Herzegowina nach dem Friedensabkommen von Dayton läßt nichts Gutes erwarten.

Während die hauptsächlich von den USA betriebenen militärischen Bemühungen wie am Schnürchen anlaufen, verkümmern die wesentlich gewichtigeren politischen, wirtschaftlichen und zivilen Bemühungen der Staatengemeinschaft. Unattraktive und unsichere militärische oder polizeiliche Missionen in der Region, denen ein Mißerfolg droht, werden von den Amerikanern delegiert.

Die NATO-Militärallianz unter US-amerikanischem Oberkommando, genannt IFOR (Implementation Force), stellt die bestausgestattete internationale Organisation in Bosnien-Herzegowina. 60.000 Personen werden die Korridore an der Grenze zwischen muslimisch-kroatischer Föderation und bosnischen Serben militärisch befestigen. Geplante Kosten: 150 Milliarden Schilling jährlich. Dafür gibt es auch bereits die entsprechenden Zusagen. In Kombination mit einer übereilten Flüchtlingsrückführung nach ethnischen Kriterien anstatt in den tatsächlichen Heimatort könnte IFOR die Teilung Bosnien-Herzegowinas

hervorbringen.

Die OSZE ist für die Wahlvorbereitung gemeinsamer Wahlen im ganzen Land zuständig. Ebenso soll sie den Aufbau gemeinsamer bosnisch-herzegowinischer Institutionen unterstützen. Rund 500 internationale ExpertInnen wurde bisher von verschiedenen Staaten zugesagt. Bislang wurde dafür nicht einmal eine halbe Milliarde Schilling ausgegeben. Die Schweiz wird einen Großteil der OSZE-VermittlerInnen stellen. Österreich wird sich symbolisch mit 15 Diplomaten beteiligen. Und auch diese wurden erst nach Druck von Friedensinitiativen zugesagt.

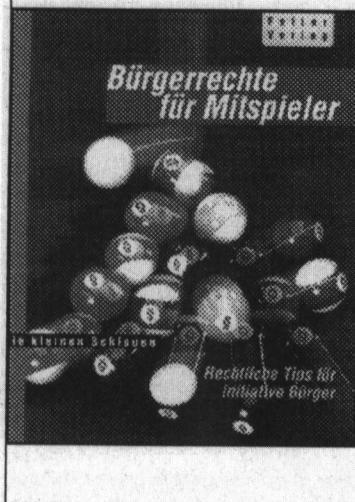
Rund 1700 UNO-Polizisten sollen die Arbeit des UN-Vermittlers Carl Bildt in Sarajevo unterstützen. Sie sind gerade für kleinere Konflikte vor Ort oder die Verfolgung von Heckenschützen von entscheidender Bedeutung. Ende Februar waren jedoch erst 300 derartige UNO-Polizisten von fünf Staaten bereitgestellt worden.

Die Friedenserhaltung in Ostslawonien soll ebenfalls von der UNO gewährleistet werden, die 5000 Soldaten bis Anfang Mai 1996 stationieren werden. Bedenkt man, daß praktisch alle politischen Beobachter eine militärische Eroberung Ostslawoniens durch Kroatien für wahrscheinlich erachten, ein Himmelfahrtskommando.

Die Europäische Union hat schließlich die Wirtschaftshilfe und polizeiliche Aufgaben übernommen. Auch hier drängten sich die Mitglieder nicht darum, ihren Beitrag zu leisten. Von den für 1996 in Dayton vereinbarten 50 Milliarden Schilling Wiederaufbauhilfe gab es bis Ende Februar Zusagen über weniger als 20 Milliarden Schilling. Die Wirtschaftshilfe ist jedoch eine weitere notwendige Voraussetzung für die Fundamentierung des Friedensprozesses. Peter Steyrer

Bürgerrechte für Mitspieler

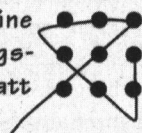
Von der Vereinsgründung bis zur Bauplatzbesetzung, vom Recht auf Akteneinsicht bis zur Umweltverträglichkeitsprüfung, von Entgegnung bis Umweltstrafrecht... Immer wieder werden initiativ BürgerInnen mit rechtlichen Problemen konfrontiert. Das Buch liefert dafür die juristische Basisinformation.



Um 165,- öS erhältlich im Falter-Verlag und in der Grünen Bildungswerkstatt, Lindengasse 40, 1070 Wien
Tel. 0222 / 526 91 11,
Fax 0222 / 526 91 15

© Falter-Verlag,
mit Unterstützung der

die grüne
bildungs-
werkstatt



■ EUROPOL

Großbritannien hat den Prozeß der Ratifizierung der Europolkonvention bereits am 8. Dezember vergangenen Jahres im Alleingang eingeleitet. Alle anderen Mitgliedstaaten wollen dies erst tun, wenn auf der Regierungskonferenz eine Einigung über den noch strittigen Punkt – die Rolle des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) bei Streitfragen über die Auslegung der Konvention – erzielt worden ist. Großbritannien hat sich als einziger Staat vehement gegen eine Zuständigkeit des EuGH ausgesprochen.

Der Aufbau von Europol wurde ungeachtet des noch nicht einmal eingeleiteten Ratifizierungsverfahrens bereits begonnen. Vor allem an der Errichtung des gemeinsamen Informationssystems, für das die Konvention unbedingte Voraussetzung ist, wird bereits gearbeitet.

Die Befürchtungen, die schwammigen Formulierungen der Konvention könnten zu ausufernden Datensammlungen führen, haben sich bereits bewahrheitet. Der Entwurf der Durchführungsbestimmungen für die Arbeitsdateien zu Analysezwecken nennt als personenbezogene Daten: objektive und unveränderliche körperliche Merkmale, Unternehmen oder Arbeitsstätten, Fahrzeuge, Angaben zur Bankverbindung und sonstige zur Identitätsfeststellung geeignete Angaben, die in diesem Artikel nicht ausdrücklich erwähnt sind. Zusätzlich ist auch die Speicherung von besonderen personenbezogenen Daten möglich: rassische Herkunft, politische Anschauungen, religiöse oder andere Überzeugungen, Angaben zur Gesundheit und Angaben zum Sexualleben.

Auf der Tagesordnung des Rats der Justiz- und Innenminister während der italienischen Präsidentschaft steht auch bereits der „Zugang der USA zu den Europol-Daten“.

Manfred Gmeiner

■ DEPORTATIONEN

Ein belgischer Journalist recherchierte die neue Abschiebungspraxis in der Festung Europa. Während 1990 15.000 Personen abgeschoben wurden, schätzt Chris de Stoop die Zahl der Abschiebungen 1994 auf bereits 200.000. Die systematische Steigerung der Abschiebungen begann nach der Berlin-Konferenz, welche den „illegalen Einwanderern den Krieg erklärte“.

Immer häufiger werden private Gesellschaften mit der Deportation von Flüchtlingen beauftragt, in Deutschland etwa das „Manager Travel Service“ oder in Rumänien die „Jaro Kompanie“, die ehemalige Ceaucescu-Leibgardisten beschäftigt, um Roma zu deportieren. In Bayern sind spezielle Züge im Einsatz, deren Fenster und Türen nicht von innen geöffnet werden können. Die Holländer entwickelten die Idee einer Euro-Charter, die in Frankreich auf große Unterstützung stieß. Ein Flugzeug sollte die verschiedensten Städte Europas anfliegen, um Flüchtlinge mit gleichem Abschiebeziel aufzusammeln.

Deutschland, einer der Vorreiter der Abschiebepolitik, führte im Jänner dieses Jahres im Antirassistischen Büro in Bremen eine Razzia durch. Grund waren Flugblätter, auf denen die Abschiebepolitik kritisiert wurde. Die Bezeichnung dieser Praxis als Deportation und jener, die sie anordnen, als Schreibtischtäter soll inkriminiert werden.

Manfred Gmeiner, Quelle: Statewatch, Jan.-Feb. 1996

■ WIEDERAUFBAU

Außenminister Schüssel erklärte Anfang Dezember im Außenministerrat der EU, „riesige Summen“ für den Wiederaufbau für nicht angebracht zu achten. Österreich hielt sich an

diese Linie. Während der Bosnien-Einsatz des Bundesheeres das Budget 96 mit 300 Millionen belasten wird, will sich die Republik die Wirtschaftshilfe vorerst nur 80 Mio. kosten lassen. Nach Ansicht des EU-Verwalters Hans Koschnick hingegen, wird dem finanziellen Aspekt bei den Friedensplänen für Bosnien-Herzegowina zu wenig Gewicht beigemessen.

Nach Vorstellungen der NATO sollten nicht mehr als ein Viertel der IFOR-Einheiten aus Nichtmitgliedsstaaten stammen.

Peter Steyrer

■ MUß ER ROT SEIN?

Der neue EU-Paß hat schon vor seiner Einführung viel Unwillen erzeugt. So hat die freiheitliche Abgeordnete Höbinger-Lehrer bereits bei seiner Beschlussfassung im Parlament gejamert: „Muß der wirklich rot sein?“

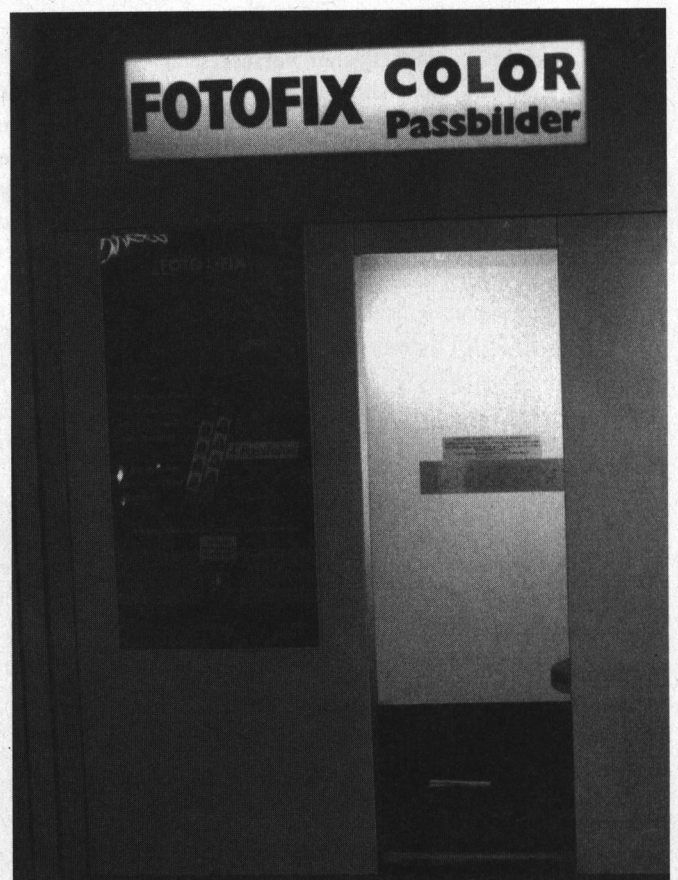
Jetzt haben auch die Photohütterkettenbesitzer die Medien

alarmiert: „Die vorgesehenen Paßbildformate sind zu klein!“ Die Photographen haben ihre Eingaben gemacht. Und der Gremialvorsteher, der auch eine Photohütterkette hat, hat im Innenministerium protestiert: „Beim Einschweißen in den Paß schmelzen unsere Bildchen!“ Dr. Matzka vom Innenministerium hat den Paßphototruster und ihre Vertreter beruhigt: Die Formate würden angepaßt und das Schmelzen in Hinkunft hintangehalten.

Nur gut, daß eines niemanden aufregt: Paßbehörde und Polizei sind vor Ausstellung der neuen nationalen Staatsbürgerhundemarke berechtigt, bei verschiedensten anderen Behörden Daten und Informationen über jeden einzelnen einzuholen, die sonst dem Datenschutz unterliegen. Was sonst nur auf richterliche Anordnung möglich ist, steht hier wieder einmal Paß- und Polizeibehörden offen.

Peter Steyrer

Foto: Lexi Lehar



Regierung außer Rand und Band

Es war nicht der Anlaß für die Fusion des EuropaKardioGramms und der Zeitschrift für Antimilitarismus, aber es gab den letzten Anstoß: der Verlust der Publizistikförderung. Beide Zeitschriften hatten diese seit Jahren bekommen und daher auch letztes Jahr mit diesem Geld (für ZAM und EKG zusammen ca. ÖS 130.000,-) kalkuliert. Ein Rückblick.

VON MARKUS KEMMERLING

Mitte April letzten Jahres, kurz nach Ernennung des neuen Innenministers, mutierte das TATblatt- durch Einems Spende zum Terrorblatt und bildete der Tod zweier mutmaßlicher Strommastsaboteure in Ebergassing den Anlaß für eine bis heute fortdauernde Welle der Repression. Deren jüngste Opfer sind die AnarchistInnen vom „RevolutionsbräuhoF“, die aufgrund zweier gefälschter, in der „Krone“ veröffentlichter Aufkleber verdächtigt werden, eine „kriminelle Vereinigung“ zu bilden.

Was auf „Ebergassing“ folgte, darf hier als weitgehend bekannt vorausgesetzt werden. Festzuhalten ist, daß die Denunziation von unzähligen unabhängigen Initiativen, die durch die Aktion 8000 geförderte Langzeitarbeitslose beschäftigten, durch ÖVP und F den gewünschten Erfolg gezeitigt hat. In neuen Richtlinien zur Arbeitsmarktförderung wurde der „kleine Radikalenerlaß“ gegen derartige Initiativen mittlerweile explizit festgeschrieben. Die Anstellung dreier eigener Mitarbeiter durch den VP-Parlamentsklub, die beauftragt waren, die verfeimten Organisationen und Vereine auszuspiionieren, hat sich bezahlt gemacht. Die diesen von ihren Chefs versprochene Erfolgsprämie (Bürgermeister- bzw. Nationalratsjobs) darf nunmehr ausgeschüttet werden.

Ende November 1995 präsentierten Andreas Khol und Paul Kiss von der ÖVP eines der im letzten Jahr so beliebten „linksanarchistischen“ Netze. In dessen Zentrum ortete Sicherheitssprecher Kiss die Bürogemeinschaft Schotengasse, an der Peripherie fanden sich

nicht nur die in deren Räumlichkeiten produzierten Zeitschriften **ZAM** und **EKG**, sondern auch die feministischen „an.schläge“, „AUF – eine Frauenzeitschrift“ sowie die „Lambda-Nachrichten“ der Wiener Homosexuelleninitiative HOSI. Eine Förderung dieser Medien werde die ÖVP trotz einer Empfehlung des parteiübergreifenden Publizistikbeirats im Ministerrat boykottieren.

Das rechtsaußen positionierte Monatsmagazin „TOP“ des Ex-F-Abgeordneten Pretterebner zitierte unter dem Titel „Die Grünen und das Bombenbasteln“ ausführlich aus dem 13-seitigen Kiss-Papier. Die Gesinnungshaltung des anonym bleibenden TOP-Autors läßt sich daran ermessen, daß er den Namen der grünen Klubobfrau durchgängig falsch als „Petrovich“ schreibt. Eine Denunziationsmethode, die vom nach Spanien geflüchteten Neonazi Gerd Honsik populär gemacht wurde („Wizenthal“ statt „Wiesenthal“) und derer sich auch die „Bajuwarische Befreiungsarmee“ bedient. In deren Bekennerschreiben zu den Briefbomben wird Petrovic als „Petrowitsch“ geschrieben.

Da die SPÖ auf die WählerInnenstimmen von FeministInnen und Homosexuellen nicht verzichten wollte, bestand sie auf eine Förderung von „an.schläge“, „AUF“ und „Lambda-Nachrichten“. Zum Ausgleich wurden zwei weitere, willkürlich ausgewählte linke Publikationen von der Förderungsliste gestrichen. Die Bauernopfer waren „Die Linke“ und „UNITAT“, die Zeitschrift des kommunistischen StudentInnenverbands.

Eine Begründung für die Ablehnung der Publizistikförderung für letztlich vier Zeitschriften durch den Ministerrat Anfang Dezember erfolgte nur medial. Der Mediensprecher der ÖVP, Landwirtschaftsminister Molterer, sprach von mangelnder Abgrenzung zu Gewalt und Gesetzesbruch. Da eine solche Argumentation aber nicht den Richtlinien des Gesetzes entspricht, sah sich die Bundesregierung bis heute nicht in der Lage, ihren Beschluß entsprechend dem Gesetz zu begründen. Nachfragen der betroffenen Zeitschriften an den Bundeskanzler blieben erfolglos, im Regie-

rungsbericht zur Publizistikförderung prangt bei den vier Medien an jener Stelle, welche für die Angabe des Ablehnungsgrunds vorgesehen ist, ein weißer Fleck.

Die Feigheit der Bundesregierung angesichts ihrer Entscheidung ist nachvollziehbar. Nach Ansicht der „Vereinigung Alternativer Zeitungen und Zeitschriften“ (VAZ) hat sie hiermit „die Erfüllung einer gesetzlichen Obliegenheit durch den Bund vereitelt und sich des Rechts- und Verfassungsbruchs schuldig“ gemacht, konkret des Legalitäts- und des Gleichheitsgebots (Artikel 18 und 7 der Bundesverfassung). Die „VAZ“ hat daher die Abgeordneten der Koalitionsparteien im Nationalrat, der Anfang März den Bericht der Bundesregierung zur Kenntnis nehmen mußte, aufgefordert, darüber nachzudenken, „wie eine außer Rand und Band geratene Bundesregierung außer mit rechtlichen auch mit politischen Mitteln auf demokratisches und rechtsstaatliches Niveau zurückgeholt werden könnte“. Der Nationalrat hat hier durchaus Handlungsspielraum. So steht ihm, wie Bert Zöchling von der „VAZ“ festhält, beispielsweise offen, „einzelnen oder allen Mitgliedern der Bundesregierung das Mißtrauen auszusprechen – die entsprechenden Mitglieder sind in einem solchen Fall des Amtes zu entheben. Nach unserer Auffassung verdienen jedenfalls jene Mitglieder der Bundesregierung, die eine gesetzesbrecherische Entscheidung politisch erpreßt haben, nicht das Vertrauen der gesetzgebenden Körperschaft“.

Dazu kam es erwartungsgemäß nicht. Grünabgeordneter Voggenhuber warf der Regierung Meinungsterror und Rechtsbruch vor. Ihre Vorgangsweise sei ein beispielloser Fall von Zensur unabhängiger Zeitungen. Staatssekretär Schlögel (SP) reagierte mit „persönlichem Bedauern“, Rauch-Kallat (VP) sprach von „TATblatt-Szene“. Der Bericht wurde schließlich gegen die Stimmen der Opposition zur Kenntnis genommen. Auch Ex-Verteidigungsminister Frischenschlager (LIF) fand die Ablehnung der vier Zeitschriften ohne Verweis auf eine Gesetzesstelle „merkwürdig“.

ZÄHNE ZUSAMMEN- BEISSEN



Lotta DURA ABONNIEREN!

ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR

Lotta DURA erscheint vierteljährlich mit einem Umfang von ca. 40 Seiten.

Faschistische Schläger, rassistische Schreibtischtäter, Braunzonen dieser Gesellschaft stehen im Blickpunkt unserer Recherche, doch ebenso sollen Diskussionen über antifaschistische Theorie und vor allem Praxis nicht zu kurz kommen.

Bezugsbedingungen:

Einzelexemplar:

25 öS, 5 DM, 5 sfr.

4-Nummern-Abo: 100 öS, 20 DM.
Die Bezahlung erfolgt im voraus in bar oder in Briefmarken im doppelten Umschlag: Der innere Umschlag wird mit deiner Adresse, deinem Begehr und der Bezahlung mit H. Mader beschriftet und in das äußere Kuvert mit der Anschrift Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien gesteckt und ab die Post.

Impressum:

Medieninhaberin: Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit; Schottengasse 3A/1/59, 1010 Wien, Tel. ++43-1-535 11 06, Fax: ++43-1-532 74 16, E-Mail: ZOOM@thing.or.at.

Redaktion: Günther Castanetti, diE nOT, Geold Ecker, Manfred Gmeiner, Julia Hösek, Elfi Hufnagl, Markus Kemmerling, Ilse Kilic, Alexander Lehar, Alfred Pranzl, Andreas Rieder und Peter Steyrer.

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Jean -Paul Hébert, Martin Heintel, Bruno Kaufmann, Christoph Riedl, Alexander Urban, Monika Vana und Fritz Widhalm.

Lay Out: Anita Frühwirth, Andreas Rieder, Gerald Waibel.

Hersteller: Druckwerk, Verein für Medienarbeit, Ungergasse 7, 8020 Graz.

Erscheinungsweise: 8 x jährlich, Einzelpreis: 30,-; Abo: 250,-/Jahr; Ausland: 350,-/Jahr (50,- DM; 45,- Sfr), bitte bar zusenden.

Konto: 10010 670 573 bei BAWAG, BLZ 14000.

Volksstimme

Ich bestelle:

- | | | |
|--|----|---------|
| ☐ 4Nummern gratis zum Kennenlernen | öS | 0,- |
| ☐ Abonnement mit jährlicher Zahlung/Inland | öS | 400,- |
| ☐ Abonnement mit jährlicher Zahlung/Ausland | öS | 700,- |
| ☐ Solidaritätsabo | öS | 2.000,- |

Das Abo verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird, um ein weiteres Jahr.

Name

Adresse, PLZ, Ort

Telefon

Unterschrift

Kupon ausschneiden und an: Volksstimme, Kaiserstraße 67/1/DG, 1070 Wien schicken

bez.Anz.

bez.Anz.

BETROGEN

statt sozial ausgewogen!

Weg mit dem Paket!

KPO

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift



Das Ende
der Sprachlosigkeit

Schwerpunkte für 1996: • Armut im Überfluß
• Liebe, Sex und Sinnlichkeit • Zweite und Dritte Welt
• Fin de Siecle • Arbeiterklasse/Marxismus

»Weg und Ziel«-Probeheft und Jahresabonnement (5 Hefte 200,- öS, 35,- DEM) zu bestellen bei »Weg und Ziel«
Trattnerhof 2/14, 1010 Wien, Tel.: 0222/533 60 23

Vervielfältigung



gegen Vereinfältigung.

A-8020 Graz, Ungergasse 7 ☎ (0316) 918745, 918744

**P.b.b. Erscheinungsort Graz; Aufgabepostamt 8010, Verlagspostamt 1010.
Bei Unzustellbarkeit retour an ZOOM,
Schotteng. 3A/1/59, 1010 Wien**

- ☐ Ich abonniere **ZOOM** zum Preis von ÖS 250,- für 8 Ausgaben, Ausland ÖS 350,-.
- ☐ Ich bestelle die Broschüre „Einsatz in Bosnien“ zum Preis von ÖS 35,- zzgl. Versandkosten.

Ich zahle den Betrag auf das BAWAG-Konto
10010670573 BLZ 14000, Kennwort ZOOM-Abo, ein.

Name _____

Straße _____

Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____



An
ZOOM
Schotteng. 3A/1/59
A-1010 Wien

An: